Angehörigen Info

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

C 10190 23.1.1998 Preis: 3,00 DM 203

Über die Haftbedingungen, das Gefängnis, die politischen Auseinandersetzungen

Interview mit Joëlle Aubron, Gefangene aus Action Directe

Wir veröffentlichen hier die schriftlichen Antworten von Joelle Aubron auf die Fragen einer französischen Journalistin. Zitate aus Joelles Antworten wurden in einer französischen Sonntagszeitung (der bürgerlichen Presse) in einem ganzseitigen Artikel dieser Journalistin im März 1997 veröffentlicht. Der Artikel enthält auch Zitate der schriftlichen Antworten von Jean-Marc Rouillan, die wir voraussichtlich im nächsten Angehörigen Info veröffentlichen werden.





Bild oben: Protestwache „Keine Auslieferung von Petra Elser" am 8.1. und 9.1. vor dem französischen Generalkonsulat in Frankfurt (siehe Seite 4f.) Unten: Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demonstration in Berlin (Bericht S. 11)

Die Zelle, die Haftbedingungen

Eine Zelle in der MAF (Frauengefängnis) von Fleury hat 9 qm, Sanitäranlagen, warmes und kaltes Wasser, ein Kippfenster, das sich etwa 10 cm öffnen läßt. Wichtig sind in unseren Zellen das Radio, die Bücher und andere Texte, irgendwelches Material für kreatives Tun, Steine aus dem Hof für Nathalie, Bilder für Kollagen für mich, Guaschfarben, eine Schreibmaschine und das, was man im Alltag braucht, von Hygienesachen bis zu Klamotten. Ein Raum, in dem wir uns organisieren und leben und uns so wenig wie möglich vom Rhythmus des Gefängnisses bestimmen lassen, indem wir nur das daraus ziehen, was uns interessiert. Jahrelang hatten wir keine andere Wahl als die Suche nach einer inneren Dynamik. Wir hatten zu nichts Zugang außer dem Hof, und da waren wir eingepfercht in einer brutalen hermetischen Abgeschlossenheit vom Rest des Gefängnisses.

Heute sind wir wieder in den Zellen, die nach unserem zweiten Hungerstreik mit der Installation von Gitterstäben „eingerichtet" wurden, haben aber Zugang zu allen Aktivitäten, mit der einzigen Einschränkung, daß wir an den beiden Orten, wo sie stattfinden, im Mittelturm oder in der Sporthalle, nicht zusammen sein dürfen. Ich selbst mache einen Computerkurs, der mit etwa 400 Francs für monatlichen Einkauf vergütet wird. So endeten im Juni 96, mehr als 9 Jahre nach unserer Verhaftung, die verschiedenen Sonderregimes, die für uns ausgebrütet worden waren.

Offiziell kamen wir im Juli 1989 aus der Isolation. Indessen war die Strategie menschlicher und psychischer Zerstörung nicht aufgegeben worden. Sie hat dazu geführt, daß einer unserer Genossen, Georges Cipriani, während des Sommers 1993 in der Psychiatrie interniert wurde. Heute müht er sich im Zentralgefängnis von Ensisheim immer noch mit den Folgen dieses Programms ab. Er geht nie aus seiner Zelle, erkennt seine Tochter nicht wieder, fragt nach einer Dreiviertel Stunde Gespräch mit seiner Frau, wo die Frau sei, die er geheiratet habe ...

Welche Beziehungen sollten wir also zur Gefängnisverwaltung haben?

Wir beschränken uns darauf, die üblichen Anträge zu stellen, für die eine Stunde Besuch im Monat (Besuchszeit ist 3mal die Woche eine halbe Stunde, eine Stunde Be- →

suchszeit gibt es nur für einen Besuch im Monat, Anm. d.Ü.), für diese oder jene Aktivität, für eine Kreation, die wir nach draußen geben wollen, für eine Brille oder einen Kalender, die wir hinein bekommen wollen. Im Gefängnis läuft alles über Anträge.

Beziehungen zu den anderen Gefangenen

Mit unserer Ankunft in der MAF von Fresnes begann der vitale Sauerstoff einer gewissen Vielfältigkeit in der täglichen Kommunikation zu zirkulieren, denn die Struktur des Gebäudes erlaubt es nicht, uns die gleichen Bedingungen aufzuerlegen, wie sie hier erfunden wurden, mit den 50 Schritten zwischen unseren Zellen und dem Hof, was auch nach unserem zweiten Hungerstreik installiert wurde. Gleichzeitig haben wir, wenn auch noch etwas von weitem, sehen können, wie junge Frauen regelmäßig dorthin zurückkamen. Hier erleben wir es noch viel näher. In einem Zeitraum von 14 Tagen können wir erleben, daß bis zu zehn Frauen zurückkommen. Wenn Leute glauben, daß das Gefängnis soziale Probleme löst, muß man ihnen unbedingt sagen, daß dem überhaupt nicht so ist. Im Gegenteil, der Rückfall ist das direkte Produkt der ganzen Infantilisierung, der Abhängigkeit, die dieses System verbreitet, wo man die Individuen wie Objekte behandelt.

Bis auf einige Ausnahmen kommt man ins Gefängnis, weil man seinen Platz in der Gesellschaft, so wie sie ist, nicht gefunden hat. Für viele ist die Marginalität keine Entscheidung, sie ist eine Tatsache, die wie ein soziales Scheitern erlebt wird. Darauf setzt das Gefängnis noch seine eigenen Momente zur Destrukturierung der Individuen. Jedesmal, wenn diese jungen Frauen zurückkommen, ist es schlimmer geworden, habe ich den Eindruck.

Natürlich hängt das auch damit zusammen, daß draußen die Situation immer härter wird, daß die Verhältnisse zwischen den Individuen sich verschlechtern. Das Gesetz des Dschungels, dieses Jeder für sich. Und die Art, wie das Gefängnis jede gegenüber der Institution in individuelle Abhängigkeit bringt, steigert noch diese Logik der Konkurrenz, und es ist schwierig, dagegen eine Dynamik der Solidarität aufleben zu lassen.

Das hat uns nicht daran gehindert, einige Begegnungen zu machen, aber wirkliche Begegnungen sind selten. Alle im Gefängnis sind hier fehl am Platz, ich habe nirgendwo so viele Mythomanen wie an diesem Ort getroffen, wo kein realer sozialer Zusammenhang existiert.

Besuche

Weil wir nach so vielen Jahren noch in einem Untersuchungsgefängnis sind, wird bei uns eine Regelung angewandt, nach der für eine Stunde im Monat die Leute mindestens aus 250km Entfernung kommen müssen. Obwohl ihre Familie im monatlichen Rhythmus kommt, kann Nathalie keine Stunde haben.

Ich habe wenigstens einen Besuch pro Woche.

Seit Ende 1990/Anfang 1991 werden neue Besuchsanträge systematisch abgelehnt. In der Zeit beginnen wir einen neuen Kampf mit einer Hungerstreikkette: Nacheinander machte jeder von uns eine Woche Hungerstreik. Wir protestierten u.a. gegen die Nichteinhaltung der Zusagen durch das Ministerium nach Abschluß unseres zweiten Hungerstreiks.

Übrigens stellte sich heraus, daß dies mit dem Erscheinen eines neuen Richters in der XIV. Abteilung der Staatsanwaltschaft zusammenhing. Er war noch ganz frisch und nicht an die Methoden dieses Kerns der Sonderabteilungen gewöhnt. Als er die Akten von Richter Vuillemin übernahm, der ins Justizministerium befördert worden war, fand M. Leloir auf seinem Schreibtisch eine Anzahl von Besuchsanträgen vor, die FreundInnen regelmäßig erneuert hatten. Er genehmigte ungefähr zwei für jeden von uns. Das Justizministerium wollte sein Veto einlegen, aber wenn er auch keine neuen Erlaubnisse für weitere Freunde ausstellte, die durch diesen Durchbruch in unserer Kommunikation wach geworden waren, bekräftigte er doch unser Recht auf dieses Minimum. Seitdem ist außer einigen Erlaubnissen für Angehörige alles blockiert, und einige Erlaubnisse sind unter belanglosen Vorwänden sogar aufgehoben worden.

Kontakt mit anderen Militanten von AD und politische Kontakte

Ich habe Ihnen gesagt, was mit Georges war. Er ist nicht in der Situation, sich mit irgend jemandem auszutauschen, und schriftlich noch weniger. Mit den beiden anderen Militanten der Organisation, die noch im Gefängnis sind, Régis Schleicher und Nicolas Halfen, gibt es auch keinen Austausch. Wir denken natürlich aneinander, aber die politische Beziehung hat sich gelockert.

Es wäre wenig sinnvoll, wenn ich mit einigen Worten wiederhole, was Jean-Marc, mit dem wir einen ständigen Austauschrhythmus haben, Ihnen schon gesagt hat über unsere politischen Kontakte darüber, was die Haft in unserer Konzeption des Kampfes ist. In der heutigen Zeit finde ich es für kommunistische Revolutionäre nicht originell, im Gefängnis zu sein. Die Geschichte, zu der ich gehöre, hat weit vor mir angefangen. Mit ihrem Vor und Zurück gehört die Art, wie sie sich allzu oft in den Schwanz beißt, zu der langen Dauer dieser Anstrengung und dieses Elans, um eine Gesellschaft möglich zu machen, die nicht mehr die Köpfte kommandiert, wo der Mensch im Zentrum steht und nicht nur das bloße Vehikel der Ware ist.

Die vergangenen zehn Jahre haben mit dem Fall des Kommunismus, der Entwicklung des islamischen Terrorismus, dem Aufschwung des wirtschaftlichen Europas einen immer schneller werdenden Ablauf der geschichtlichen Ereignisse erlebt. Könnten Sie darauf eingehen, wie Sie diese Ereignisse wahrgenommen haben, und ob andere Ereignisse Ihre Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben?

Gleich eine Korrektur, in meinem Vokabular heißt das Verschwinden der Berliner Mauer, das, wodurch sie verursacht wurde, wie ihre Konsequenzen nicht der Fall des Kommunismus. Schon seit Jahrzehnten war der „real existierende Sozialismus" ein bürokratischer Staatskapitalismus, und zwar sowohl was die sozialen Verhältnisse wie die Ausbeutung, die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums oder die Organisierung der Gesellschaft angeht, das hat nichts mit Kommunismus zu tun. Aber das wäre ein anderes Thema, mit dem ich mich jetzt nicht aufhalten will, ich wollte bloß unterstreichen, daß für revolutionäre Kommunisten, zu denen ich mich zähle, der Ostblock schon seit Ewigkeiten kein Kommunismus mehr ist.

Der Widerspruch Ost/West wurde also erschüttert und angesichts der Allmacht eines mit dem Maul und in seinen Taten starken Imperialismus, siehe Golfkrieg 90/91, sehen einige Teile der muselmanischen arabischen Bevölkerungen im integristischen Islamismus die angemessene Antwort auf die Ausplünderung und Herrschaft, deren Objekt sie sind. Aber eigentlich müßte ich wissen, von welchem islamistischen Terrorismus Sie genau sprechen. Denn schon vor unserer Verhaftung war das Auftauchen eines islamistischen Fundamentalismus als Antwort auf Krisensituationen Teil der politischen Landschaft, und es ist z.B. bekannt, daß das Frankreich Giscard d'Estaings Khomeiny umhegte, dessen Opposition zum schändlichen Schah gegenüber der linken Opposition bevorzugte, die ihm für seine eigenen Interessen zu gefährlich erschien, oder daß die israelische Regierung den linken palästinensischen Widerstand hart unterdrückte, wobei sie die islamistischen Formierungen in den besetzten Gebieten schwelen ließ oder auch im heimlichen Einverständnis mit den USA gemäß ihrer Aggression „Frieden in Galiläa" (1981) komplexe Manipulationsunternehmungen im Libanon praktizierte.

Wie dem auch sei, es ist eine Tatsache, daß in den 70er und 80er Jahren die Intervention von bewaffneten islamistischen Gruppen sich nicht in dem Ausmaß als einzige Kraft, die sich den nationalen Bourgeoisien, Verbündete des Imperialismus, widersetzt, darbot. Und als kommunistische Frau, Feministin, habe ich keiner Grund, mich darüber zu freuen, daß man heute die Opposition gegen zionistische, amerikanische und imperialistische Machenschaften im Vorderen Orient im wesentlichen als eine genauso reaktionäre politische Strömung erlebt. In Algerien intervenieren Gruppen, für die ich kein bißchen Sympathie hege, gegen eine korrupte Macht, die alle Ideale der algerischen Revolution verleugnet hat und die von der französischen Regierung mit ausgestreckten Armen unterstützt wird. Sollte ich mich trotzdem auf die Seite derer stellen, die wir mit unseren Aktionen gestern bekämpft ha-

Offener Brief

von Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen aus Action Directe an die französische Justizministerin

Wir veröffentlichen den Offenen Brief, der bereits im letzten Angehörigen Info abgedruckt war, nochmals, da wir meinen, daß er mit dem Interview mit Joelle zusammengehört. Aus technischen Gründen erhielten wir das Interview nicht rechtzeitig für den Abdruck in der letzten Ausgabe.

Der Offene Brief ist eine Initiative von Angehörigen und FreundInnen aus Frankreich, um die drakonischen Haftbedingungen bekannt zu machen. So wird z.B. Nicht-Angehörigen seit 1991 die Besuchserlaubnis verweigert. (Red.)

November 1997
Sehr geehrte Ministerin,

die Militanten aus Action Directe, Georges Cipriani, Joëlle Aubron, Nathalie Ménigon und Jean-Marc Rouillan sind seit 11 Jahren inhaftiert. Durch ein Sondergericht, ohne Geschworene, wurden sie zu lebenslänglichen Haftstrafen mit 18 Jahren Mindesthaft verurteilt, was bedeutet, daß sie vor 2004 nicht durch eine vorzeitige Haftentlassung freikommen können.

Die Haftbedingungen, denen sie seit dem ersten Tag unterworfen sind, sind Sonderhaftbedingungen. Totalisolation, die erst in Folge zweier langer Hungerstreiks aufgehoben wurde, dann von 1989 bis 1996 Teilisolation, mit ihren umfassenden Beschränkungen, darunter die Verweigerung des Zugangs zu den Aktivitäten im Gefängnis. Seitdem, etikettiert als DPS (besonders überwachte Gefangene) ist der Zugang zu Kursen und verschiedenen Aktivitäten für die beiden Militanten, die immer noch im U-Haft-Gefängnis sind, massiv eingeschränkt. Die Post ist unregelmäßig, zufällig oder wird gar nicht ausgehändigt; die Genehmigungen von Besuchen sind drastischen Beschränkungen unterzogen.

Georges Cipriani ist aktuell in großen Schwierigkeiten, und man muß um sein Leben fürchten, da sein Zustand unvereinbar mit der Haft ist (wie es auch für andere Gefangene zutrifft, die an Aids, Lähmungen, Hepatitis etc. erkrankt sind).

Nathalie Ménigon erholt sich langsam von einem Schlaganfall. Ihre Genesung ist schwer belastet mit der Hypothek der Haftbedingungen und der Trennung von ihren GenossInnen. So verhindert das DPS-"Statut" mit seinen zahlreichen Restriktionen, die es beinhaltet, selbst die gemeinsame Teilnahme an Aktivitäten mit Joëlle, die auch in Fleury inhaftiert ist. Die einzige Möglichkeit, sich zu treffen, ist der Hofgang, und es können 4 Tage verstreichen, ohne daß sie sich sehen können. Dennoch hatte die Staatskanzlei im Juli 1989 zugesagt, daß Jean-Marc, Nathalie und Joëlle Besuche untereinander haben können. Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Wir erinnern daran, daß das Verlassen der Isolationstrakte keineswegs das Ende der Isolation bedeutet hat.

Die Dringlichkeit, hervorgerufen durch den Gesundheitszustand von Nathalie, die bis auf eine Ausnahme keine Besuche außer Familienangehörigen hat, veranlaßt uns, darauf zu drängen, daß die Strafvollzugsbehörde (Administration Pénitentiaire) endlich Vorkehrungen trifft, die es ermöglichen, daß wie versprochen Besuche mit ihren GenossInnen stattfinden können. Dies kann nicht anders als durch die Zusammenlegung in einem Gefängnis umgesetzt werden.

Die Sonderhaftbedingungen müssen aufgehoben werden, das Gefängnis darf nicht mehr sein als der Entzug der Freiheit.

Die Beschränkung der Kommunikation, innerhalb wie außerhalb des Gefängnisses, muß beendet werden. In dieser Hinsicht wenden wir uns gegen die systematische Ablehnung von Besuchsgenehmigungen für Nicht-Familienangehörige.

Die Beschränkung des Zugangs zu den Aktivitäten muß aufgehoben werden.

Für Georges Cipriani, der in akuter Gefahr ist, muß schnellstens ein medizinisches Gutachten durch Ärzte, die das Vertrauen seiner Familie haben, erstellt werden.

Die Unterzeichnenden, Familienangehörige und FreundInnen, denen jedes Besuchsrecht verweigert wird, fordern, so schnell wie möglich durch die Ministerin empfangen zu werden, um alle Einzelheiten des Dossiers vortragen zu können.

Wir unterstützen die oben genannten Forderungen der Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen aus Action Directe:
Name, Adresse, Unterschrift

Für die BRD können die Unterschriften an das Internationalistische Komitee, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken geschickt werden. Von dort werden sie an die Initiative in Frankreich weitergeleitet.

---

ben? Politik machen heißt auch, es abzulehnen, eine Wahl zu treffen, wenn die angeblichen Alternativen nur zwei Seiten einer Medaille in Sachen Ausbeutung und Unterdrückung sind.

Was den wirtschaftlichen Aufschwung Europas angeht, so bringt mich dieser Ausdruck fast zum Lachen, angesichts dessen, wie er für seine proletarischen Bewohner, ArbeiterInnen mit sinkenden Reallöhnen, Prekäre und Arbeitslose, SDF (ohne festen Wohnsitz) etc. aussieht, wenn das nicht, wie Sie es in der folgenden Frage vorbringen, eine solche Verschlechterung der Lebensbedingungen, solche kontinuierlichen Angriffe auf die Würde der Ausgebeuteten implizieren würde.

Ich bin gerade dabei, „Schnell, holt die Wäsche rein - Europa und die Ausweisung der sans-papiers" zu lesen. Es ist aus dem Holländischen übersetzt, eine lange Reise, die einen bitteren Geschmack hinterläßt, durch diese Festung Europa, die der Preis für ein blühendes Wachstum der Produktivität und der Profite sein soll. Angeblich zur Sicherung ihrer sozialen Errungenschaften, die durch die immer mehr globalisierte Intervention des Kapitals gerupft würden, entwickeln die europäischen Staaten mit Beharrlichkeit ihren Sicherheitsapparat. Von Maßnahmen zur Einschränkung der Kosten der Handarbeit bis zu rassistischen Gesetzen verfügen die Staaten inzwischen über eine Auswahlpanel, um das europäische Proletariat als Ganzes zu prekarisieren. D.h. alle, die hier legal und illegal leben. Seit langer Zeit sind die Ausplünderung der drei Kontinente, die Unterstützung von Regierung ohne Glauben und Moral außer der, sich davon in die eigene Tasche zu stecken, die intraimperialistischen Konkurrenzen mittels regionaler Kriege, eine Menge an Fakten, die ein zynisches Echo auf die Leerformeln sind, nach denen Europa sich dagegen verteidigen müßte, „das ganze Elend der Welt aufzunehmen".

Gegen dieses Europa, sein Projekt und seine ersten Avancen haben wir uns erhoben. Für uns ist das keine plötzliche Offenbarung, was heute traurige Realität ist.

Im Augenblick des Zusammenbruchs des „real existierenden Sozialismus" habe ich mich gefreut, weil ich der Meinung war, daß dies die beiden Widersprüche, die heute immer noch wirken, befreien würde: Nord/Süd und imperialistische Bourgeoisie/internationales Proletariat vom Widerspruch Ost/West, wo es keinen Raum mehr gab für Kräfte einer radikalen Transformation der existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir waren die falsche Alternative zum imperialistischen Kapitalismus los, die sie zu sein vorgab, der die bürgerlichen Mächte und ihre Vasallen um so lieber den Genuß ihres Ehrentitels überließen, als es nur wenige Proletarier gab, die ihn (den Widerspruch Ost/West) noch als ein Zukunftsversprechen sahen. Also war meine Freude kurzfristig oder vielleicht mittelfristig verfrüht. Aber angesichts anderer Ereignisse, über die man reden könnte: die imperialistische Aggression gegen den Irak und die Unterwerfung aller Bourgeoisien des Südens, die sie bedeutet, der falsche Frieden im Mittleren Osten, die ethnischen Säuberungen in Ex-Jugoslawien, der zusätzliche Grad an wirtschaftlicher Gewalt, die die Inangriffnahme des OMC impliziert, sehe ich grundsätzlich nicht, wie wir darauf verzichten sollten, uns die internationale Einheit der Kommunisten, die solidarische Verbindung zwischen den Proletariern im Norden und den proletarisierten Völkern im Süden zum Ziel zu setzen.

Sie ist die einzige Alternative, die aufgebaut und erarbeitet werden muß: gleichzeitig gegen die Fäulnis des Kapitalismus im imperialistischen Stadium und gegen die reaktionäre Welle zum Aufbau irgendwelcher Fundamente für ein „Königreich Gottes auf Erden" - sei es christlich, islamisch, jüdisch oder was weiß ich noch.

In einer Zeit, wo sich die Situation des Arbeiters in Frankreich von Tag zu Tag verschlechtert, haben Sie das Gefühl, daß sie es nicht verstanden oder gewollt haben, die Zeitströmung →

aufzufangen? Sehen Sie die Tatsache, niemals auf die Unterstützung der Bevölkerung gestoßen zu sein, als Scheitern an?

Der erste Teil Ihrer Frage läßt mich hochgehen. In der folgenden Frage führen Sie seltsamerweise „die Ermordung eines bedeutenden Arbeitgebers oder der proletarische Kampf" als Alternative an. Das ist deshalb seltsam, weil es so offensichtlich ist, daß die Ermordung eines Technokraten ersten Ranges, wenn er auch noch so eifrig die antisozialen Maßnahme der Bourgeoisie umgesetzt hat, alleine nicht den proletarischen Kampf zusammenfassen kann, im Zusammenhang wie in unserer Entscheidung, als Guerillaorganisation zu agieren, ist das zwangsläufig interaktiv.

Aber was das Auffangen der Zeitströmung angeht, wo die Offensive der Bourgeoisie auf allen Fronten, innen und außen, im reaktionären Feuer gleißt, danke, das reicht! Man kann uns einiges vorwerfen, aber das sicher nicht. Lesen Sie unsere Texte, wir haben unsere Zeit auf die Antizipation dieser Entwicklung verwandt, ausgehend von den strategischen Orientierungen der imperialistischen Kräfte. Flexibilität, Prekarität, Unterwerfung der Männer und Frauen unter eine unaufhörlich steigende Produktivität, viele Realitäten, zu denen Anfang der 80er Jahre der Anstoß gegeben wurde. In den ganzen Fernsehsendungen und journalistischen Berichten preis man uns die Wohltaten der Krise an, die „Gewinner" à la Tapis (ehemaliger PS-Politiker, sehr bekannt, inzwischen im Knast wegen Betrug, Korruption etc. Anm. d.Ü.) oder auch die „Bürgerschaft" (citoyenneté) im Betrieb, die diese bessere Anpassung der Ausgebeuteten an die Wünsche ihrer Chefs mit sich bringen würde. Seitdem, uff, wagt es niemand mehr, dieses Propagandavokabular vorzubringen, um uns die Umstrukturierungsmaßnahmen zu erklären. Aber auch mit einer weniger gloriosen technokratischen, hölzernen Sprache bleibt die Offensive gegen die Klasse bestehen.

Und sicher, der Fakt, daß sie auf keinen politisch adäquaten proletarischen Gegenangriff stößt, ist nicht dazu angetan, mich heiter zu stimmen. Wir haben es nicht geschafft, daß unsere Politik die Sperre, sogar das Kreuzfeuer der offiziellen Information durchbricht. Das ist unsere Niederlage, aber leider nicht nur unsere. Das ist die Niederlage aller, die nicht nur denken, daß eine andere Politik möglich ist, sondern deren Überlegungen auch von der Niederlage der angeblichen Alternative, die die Sozialdemokraten zu sein vorgaben, ausgehen.

Verschiedene Bewegungen, hier und woanders, machen glauben, daß wir dabei wären, diese Niederlage zu überwinden, aber das ist nicht einfach. Wie es die Bewegung vom November/Dezember 95 in Frankreich gezeigt hat, kommt es nicht an einem Tag zustande, wieder Vertrauen in die Fähigkeit zu gewinnen, das Kräfteverhältnis tiefgreifend zu verändern, sich so zu begreifen. Wir wissen, was wir nicht wollen. Ya Basta, sagen die Zapatisten, aber wir haben nur Spuren für das, was wir wollen, und die sind mit den Fehlern unserer Vorgänger gepflastert und gespickt mit den Waffen unserer Gegner.

Was denken Sie, welches Bild die Franzosen heute von der Bewegung „Action Directe" (die Ermordung eines bedeutenden Arbeitgebers oder der proletarische Kampf) haben. Schwärmer, Utopisten, Mörder?

Im besten Fall ist das Bild konfus. Man muß sagen, daß die Macht und die Presse alles dafür getan haben, dabei Vermischungen und Lügen einsetzten. Die Massaker-Attentate aus der letzten Zeit, die den Netzen der GIA zugeschrieben werden, haben wahrscheinlich daran erinnert, daß unsere Interventionen gezielt waren, auf hohe Verantwortliche für den Klassenkrieg zielten und keine zivilen Opfer machten.

Je nach Bewußtsein, Information, sozialer Position und Erfahrung oszilliert das Bild wahrscheinlich zwischen den drei Bezeichnungen. Soweit ein gewisses Umschlagen der Information es geschafft hat, die erwähnte Mediensperre zu passieren, sind die Aktionen gegen Audran und Besse auf eine gewisse spontane Sympathie bei den Ausgebeuteten gestoßen, ohne daß dieses unmittelbare subjektive Verständnis reicht, um von einem fortgeschrittenen Bewußtsein zu sprechen, das die Proletarier auf dem Niveau ausrüstet, das die Konfrontation zwischen den Klassen angenommen hat.

Noch einmal, im November/Dezember 1995, nach Jahren der Negation ihrer Realität, zum großen Erstaunen unserer Beherrscher, haben sie feststellen müssen, daß die Klassen weiterhin das wirtschaftlich-soziale Gebilde Frankreich strukturieren. Es ist auch nicht unmöglich, daß langfristig die Praxis unserer Organisation ihren Platz im Bewußtsein einer zukünftigen proletarischen Bewegung einnimmt. Vielleicht.

Und schließlich: Bedauern Sie etwas, und haben Sie sich verändert?

Wenn ich etwas bedauere, dann ist das so intim, daß es nicht interessant ist, das zu formulieren. Und ich habe mich sicher verändert, da ich schwierige und starke Momente erlebt habe. Aber wenn es in der Frage darum geht, ob ich mein Engagement in einer Guerillaorganisation bedauere, dann nein. Das soll nicht heißen, daß ich nicht die Schwächen und Fehler unserer Praxis ermesse, bloß grundsätzlich akzeptieren ich sie.

Als sie während des ersten imperialistischen Weltmassakers von 14-18 im Gefängnis war, beendete Rosa Luxemburg ihre Briefe mit einem Wahlspruch, den sie sich angeeignet hatte: „Tu, was du kannst, tu, was du mußt." Ein Revolutionär kann niemals vollkommen sicher sein, daß seine Aktion sich wirkungsvoll „in die Bewegung zur Beseitigung des bestehenden Laufs der Welt" eingräbt.

Genau, er versucht es, weil er es kann, weil er es muß. ❑



Beitrag auf der Mahnwache in Frankfurt

Folterstaat Spanien

Wir, das Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega aus Berlin, grüßen die TeilnehmerInnen und UnterstützterInnen der Protestwache vor dem französischen Generalkonsulat in Frankfurt.

Wir grüßen Petra Elser im Knast Fresnes bei Paris und wünschen ihr viel Kraft und Erfolg im Kampf gegen die französische Justiz.

Aus unseren Erfahrungen mit dem Auslieferungsverfahren und dem Prozeß gegen Benjamin Ramos Vega sagen wir: Petra Elser erwartet im spanischen Staat kein faires Gerichtsverfahren - keine Auslieferung von Petra Elser an den Folterstaat Spanien!

Benjamin Ramos Vega war im Januar 1995 in Berlin festgenommen worden. Die spanische Justiz warf im Unterstützung von ETA, Lagerung von Kriegswaffen und Fälschung von Autokennzeichen vor. Im Juni 1996 wurde Benjamin Ramos Vega an den spanischen Staat ausgeliefert, und im September 1997 verurteilte ihn das spanische Sondergericht Audiencia Nacional wegen Unterstützung von ETA zu 7 Jahren Haft und für Fälschung von Autokennzeichen zu 4 Jahren und 4 Monaten, insgesamt also zu 11 Jahren und 4 Monaten Haft. Die Verurteilung zu 8 Jahren Haft wegen Unterstützung von ETA basiert ausschließlich auf durch Folter während der 5tägigen incomunicado-Haft erpreßten Aussagen - was sogar das Berliner Kammergericht und das Bundesverfassungsgericht bestätigten -, und für die Verurteilung von 4 Jahren und 4 Monaten für die Fälschung von Autokennzeichen gibt es überhaupt keinen Nachweis, nur ZeugInnen, auch Bullen, die das Gegenteil beweisen. Dieses Verfahren war ein politisches Verfahren mit dem Ziel, Benjamin Ramos Vega wegen seiner linken politischen

Aufruf zur Unterschriftenliste

Keine Auslieferung von Petra Elser!

Petra Elser befindet sich seit Dezember 1996 in Untersuchungshaft im Gefängnis Fresnes bei Paris. Im Oktober 1997 hat der spanische Staat ihre Auslieferung beantragt. Die Auslieferungsverhandlung findet voraussichtlich am 11. Februar 1998 in Paris (Justizpalast) statt. Eine Auslieferung würde für Petra große Gefahr bedeuten: In den spanischen Polizeiwachen, Guardia-Civil-Kasernen und Gefängnisse gehören Folter und Menschenrechtsverletzungen auch heute noch zum Alltag. Politische AktivistInnen werden von einem Sondergericht verurteilt, das aus der Franco-Zeit übernommen wurde. Dies wird jedes Jahr von neuem von Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und den zuständigen UNO- und Europaratgremien festgestellt.

Wir fordern:
Keine Auslieferung von Petra Elser an den Folterstaat Spanien!!
Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Petra und das Recht, gemeinsam mit ihrem Kind im französischen Baskenland leben zu können!
Keine Auslieferung der baskischen politischen Gefangenen und Flüchtlinge von Frankreich an den Folterstaat Spanien!

Name	Gruppe	Beruf	Adresse	Unterschrift

Unterschriftenliste zurück an: Solidaritätsgruppe „Keine Auslieferung von Petra Elser“, Dritte Welt Haus, Westerbachstr. 47/3

Es ist beabsichtigt, den Aufruf und die Unterschriften in einer französischen Tageszeitung zu veröffentlichen, hierfür werden Spenden benötigt: Spendenkonto: Christoph Brandt, Nassauische Sparkasse, Kto-Nr. 1465044051, BLZ: 510 500 15

Geschichte und Aktivität und wegen seiner Solidarität mit den baskischen politischen Gefangenen zu verurteilen.

Uns war es gelungen, soviel Öffentlichkeit für den Prozeß herzustellen, daß sich das Gericht gezwungen sah, die Untersuchungsberichte von Ärzten zu verlesen, die die Folter zur Erlangung der Aussagen gegen Benjamin Ramos Vega dokumentierten.



Das Gericht hat sich über diese Dokumente hinweggesetzt, ebenso der Staatsanwalt. Mit keinem Wort ist er in seinem Plädoyer auf diesen Foltervorwurf und die Berichte der Ärzte eingegangen - statt dessen hat er 40 Jahre Haft für Benjamin gefordert. Überhaupt der Staatsanwalt: Er ist der höchste Ankläger des Staates, Generalstaatsanwalt der Audiencia Nacional. Er heißt Fungairiño und wird sogar in der spanischen Presse als „Faschist“ und „Brechmittel“ bezeichnet. Er war während der Franco-Diktatur Staatsanwalt an einem Arbeitsgericht, ließ GewerkschafterInnen verhaften und klagte sie wegen Aufruhr und Konspiration gegen den Staat an. Nur Tage, nachdem er für Benjamin 40 Jahre Haft forderte, weigerte er sich, einen der Kommandeure der Todesschwadrone GAL, den er als „Kamerad“ bezeichnete, anzuklagen. Vor kurzem hat er in einem Verfahren gegen Folterer der argentinischen Militärdiktatur, die wegen der Ermordung spanischer StaatsbürgerInnen angeklagt sind, ein Gutachten verfaßt, in dem er die staatlichen Killerbanden während der Diktatur in Argentinien und um General Pinochet in Chile vom Mord und Terrorismus freisprach. Es sei in diesem Ländern notwendig gewesen, zeitweilig die verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft zu setzen, um die staatliche Ordnung wieder herzustellen. Dieser menschenverachtende Faschist ist der höchste Ankläger des spanischen Staates. Und mit ihm und Leuten seines Schlages und mit diesem Gericht würde es auch Petra Elser in Spanien zu tun haben!

Keine Auslieferung von Petra Elser und der anderen baskischen politischen Gefangenen und Flüchtlinge von Frankreich an den Folterstaat Spanien!
Freiheit für Petra Elser!

„ … es schaut niemand mehr hin"

Die Rote Hilfe, Ortsgruppe Hamburg, führte mit Monika Haas ein Interview durch:



Wir haben gerade das 20. Jubiläum des Deutschen Herbstes überstanden. Wie hast du, die die Aktualität des Themas andauernd am eigenen Leibe erfahren muß, dieses Jubiläum erlebt?

Na ja, irgendwo ist es auch etwas typisch Deutsches, daß man sich seiner Geschichte nicht adäquat stellen kann. Das heißt, die Aufarbeitung der eigenen Geschichte, der eigenen Fehler, der eigenen Irrtümer – das zu leisten ist in unserem Land ja noch nie so sonderlich gut gelungen, und leider glänzt die Linke da auch nicht gerade mit einem positiven Beispiel. Und zwar die gesamte Palette der Linken: Nicht nur die radikale Linke, auch andere, die heute überwiegend bei den Grünen oder in den Universitäten zugange sind, haben ihre Geschichte nicht produktiv aufgearbeitet, und daran krankt es, und da ist meiner Ansicht nach auch die Blockade zu sehen. Aus unverarbeiteten Geschichten kann nichts Neues, Besseres entstehen, und aus Fehlern lernen kann man nur, wenn man sich auch mal eingesteht, daß Fehler gemacht worden sind – und zwar nicht gerade wenige.

Diese ganze „Herbst 77-Orgie" fand ich in anderer Hinsicht aber auch sehr interessant und spannend. Ich habe damals im Jemen gelebt unter völlig anderen Lebensumständen und habe so gut wie überhaupt nichts von diesem Jahr '77 mitbekommen. Teilweise haben die Medien ja auch etwas differenzierter berichtet von der Atmosphäre, die damals geherrscht hat, und das war neu und interessant für mich und hat mich natürlich auch vieles verstehen lassen. Ich kann jetzt meinen Prozeß besser einordnen – es war auch ein Stück Orientierungshilfe für mich. Insofern fand dich das ganz gut, aber die Sprachlosigkeit finde ich natürlich ein Manko. Vielleicht ändert sich das beim nächsten Jubiläum, ich weiß es nicht, ich befürchte eher nein.

In deinem Verfahren zaubert die Bundesanwaltschaft immer dann, wenn ihr Hauptanklagepunkt zusammengebrochen ist, einen neuen aus dem Hut. Im Verlauf des Prozesses sind alle ihre Konstrukte eingestürzt. Wie versucht die BAW jetzt eigentlich noch, eine Verurteilung zu erreichen?

Leider stimmt das nicht ganz, denn am Anklagekonstrukt wird weiterhin festgehalten. Allerdings konnten meine Verteidiger aufzeigen, daß die Glaubwürdigkeit der Hauptbelastungszeugen sehr in Frage zu stellen ist. Dies betrifft zum einen Souhaila Andrawes, die mich auf Mallorca gesehen haben will, nachdem ihr von der Bundesanwaltschaft die „Wohltat der Kronzeugenregelung" in Aussicht gestellt wurde. Ihre Aussage ist nicht nur in sich sehr widersprüchlich, sie steht darüber hinaus in Widerspruch zu den Ergebnissen der Ermittlungen, die das Bundeskriminalamt 1977 auf Mallorca durchgeführt hat. Nachdem Souhaila Andrawes in Hamburg zu 12 Jahren verurteilt wurde, hatte sie während der Urteilsverkündung ausgerufen: „Monika Haas hat die Waffen nicht nach Mallorca gebracht!" Daraufhin wurde zwei Tage später, während der Hauptverhandlung gegen mich, ein neuer Belastungszeuge aus dem Hut gezaubert. Ein Libanese, der derzeit im Libanon im Gefängnis sitzt. Dieser neue Zeuge hat bislang mehrere – sich gegenseitig ausschließende – Angaben über seine angebliche Beteiligung an der Entführung der „Landshut" gemacht. Im Grunde genommen ist mittlerweile sehr deutlich geworden, daß er in entscheidenden Punkten lügt. Seine Glaubwürdigkeit ist nicht zuletzt auch dadurch erheblich eingebüßt, daß er kontinuierlich geleugnet hat, Souhaila Andrawes zu kennen. Wir wissen aber genau, daß er 1977 der Verlobte von Souhaila Andrawes war.

Ist er das Pferd, auf das die BAW im Augenblick setzt?

Er war es wohl während der letzten Monate. Bei seiner letzten richterlichen Vernehmung im Libanon Ende 1997 wußte er jedoch nicht mehr so richtig, worauf es der Bundesanwaltschaft ankommt, und hat seine Aussage ziemlich verpatzt. Es ist nicht mehr zu übersehen, daß er über etwas redet, was ihm fremd ist, weil er es eben nicht selbst erlebt hat. die Souffleusen vom BKA waren während dieser Vernehmung nicht anwesend. Dadurch ist noch einmal deutlich geworden, daß er in seiner mich belastenden Aussage nur die Angaben nacherzählt hat, die ihm von den beiden BKA-Beamten als „Tatsachen" zwei Tage lang vorgehalten wurden. Jetzt – ein halbes Jahr später – hat er schon nicht mehr gewußt, was er angeblich gemacht hat.

Du sagst, er ist Kronzeuge – wie kann jemand, der im Libanon im Knast sitzt, in der BRD Kronzeuge sein?

Kronzeuge insofern, als sich das für ihn offensichtlich gelohnt hat. Kein Mensch beschuldigt sich selbst ohne Not einer Straftat, es sei denn, er verspricht sich Vorteile davon. (Naheliegender ist es: Es werden ihm erhebliche Vorteile versprochen.) Er war ja ursprünglich zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, und zwar weil ihm vorgeworfen wurde, mit dem israelischen Geheimdienst „Mossad" zusammengearbeitet zu haben. Das scheint auch zu stimmen, weil die Libanesen – das ergeben schriftliche Unterlagen – sehr vorsichtig mit diesem Zeugen waren, da er offensichtlich politischen Schutz erhält. Die Strafe wurde auch in der Zwischenzeit auf vier Jahre Zwangsarbeit reduziert. Er wird jetzt wahrscheinlich in diesem Jahr entlassen werden. Was im einzelnen dort verhandelt wurde, weiß ich natürlich nicht. Wir haben nachfragen lassen, mit welcher Begründung die Strafe reduziert wurde: Uns wurde mitgeteilt, aus humanitären Gründen. Das sagt viel und nichts.

Was wurde diese Strafe reduziert?

Im Dezember 1996. Die Bundesanwaltschaft ist vermutlich seit dem Sommer 1996 mit ihm zugange.

Dein Prozeß ist kaum noch in der Öffentlichkeit. Das einzige, was zu lesen war, ist, daß zwei ehemalige RAF-Mitglieder als Zeugen ausgesagt haben, nämlich Monika Helbing und Brigitte Mohnhaupt.

Monika Helbing ist vom Senat geladen worden, weil der „Spiegel" in seiner dreiteiligen Serie über den Herbst 77 berichtet hat: Eine RAF-Aussteigerin hätte mich in jenen Herbsttagen – während der Entführung – in Bagdad gesehen. In der Hauptverhandlung wurde klargestellt, daß das nicht stimmt. Monika Helbing berichtete über ein Vorkommnis in dem Haus in Bagdad, wo sie seinerzeit untergebracht war, nämlich, daß eine deutsche Frau, die mit einem Palästinenser verheiratet war, für ein paar Stunden in Baby in die Obhut der dort anwesenden Frauen gegeben hätte. Sie habe zwar das Baby, aber nicht die deutsche Frau gesehen. Monika Helbing war sich sicher, daß sich das nicht in jenen Herbsttagen 1977, sondern Ende 1977 bzw. sogar eher Anfang 1978 zugetragen hatte.

Brigitte Mohnhaupt hat ausgesagt, daß sie nicht wisse, wer im einzelnen an der Entführung der „Landshut" beteiligt war, da es eine Aktion der Palästinenser war und von daher RAF-Mitglieder keinen detaillierten Einblick hatten. Sie sagte auch, daß sie es aber ausschließen kann – aus allem, was sie über mich und meine Lebensgeschichte weiß –, daß ich in irgendeiner Form beteiligt gewe-

sen sei.

Daß sich das widerspricht – daß eine Frau, die Verantwortung für Kinder hat, eben nicht an solchen Aktionen teilnimmt, für die sie lebenslänglich ins Gefängnis kommen kann. Brigitte Mohnhaupt hat außerdem in einigen wesentlichen Punkten der Aussage von Boock widersprochen.

Hat die Verteidigung eigentlich auch Zeugen benannt?

Wir haben bislang erst wenig Beweisanträge gestellt, sie beschränken sich auf das Hotel-Personal auf Mallorca. Diese Beweisanträge – obwohl bereits am 9. Mai 1996 gestellt – sind bis jetzt immer noch nicht entschieden worden. Außerdem haben wir einen Rechtsanwalt aus Frankfurt als Zeugen benannt, der in meinem Auftrag auf Mallorca Recherchen angestellt hat. Insbesondere über das Hotel, in dem ich angeblich – laut Aussage von Frau Andrawes – mitten in der Nacht samt Kinderwagen und bepackt mit vielen Bonbondosen die Waffen übergeben haben soll.

Die Ergebnisse dieser Recherchen sind eindeutig, denn es wäre völlig unmöglich gewesen, daß jemand dieses Hotel mitten in der Nacht unbemerkt betreten und dann wieder unbemerkt hätte verlassen können.

Wir haben auch noch einmal Souhaila Andrawes als Zeugin laden wollen, weil wir von ihr mehr über ihre Beziehung zu diesem Libanesen, der mich belastet hat, wissen wollten. Das wurde aber vom Gericht abgelehnt. Andere Zeugen sind von uns noch nicht benannt worden.

Wie siehst du denn heute die Zukunft deines Prozesses?

Ich weiß es nicht, es ist auch nicht abzusehen. Der Prozeß wurde zum Großteil bewußt verschleppt. Eine der „Verhandlungen" hat gerade mal vier Minuten gedauert, der Durchschnitt ist maximal eine Stunde, und das schon seit vielen Monaten. Ich habe das Gefühl, keiner – also auch nicht die BAW oder der Senat – ist glücklich mit diesem Prozeß, aber sie finden den Ausstieg nicht. Er ist sehr festgefahren, und sie wollen halt auf Teufel komm raus eine Verurteilung. Gerade weil dieser Prozeß mit so großem Trara angefangen worden ist.

Ein anderer Grund, der mich sehr beunruhigt, ist die Tatsache, daß ja nicht nur die Linke ziemlich sprachlos ist – es gibt ja auch nicht mehr das, was man bürgerliche, liberale Öffentlichkeit nennt. Es schaut niemand mehr hin, was dort eigentlich gemacht wird, und es will auch niemand mehr hinschauen, weil die Thematik irgendwie allen zu den Ohren raushängt. Diese Entwicklung ist sehr gefährlich für mich, denn dadurch wird es dem Senat relativ leicht gemacht, eine Verurteilung durchzubringen.

Die nächsten Prozeßtermine
Dienstag, 3. Februar, 14.00 Uhr
Dienstag, 10. Februar, 14.00 Uhr
Donnerstag, 19. Februar, 10.15 Uhr
Montag, 2. März, 13.30 Uhr

Solidaritätsaktionen für Mumia Abu-Jamal in den USA

Neuer Hinrichtungstermin droht

Vermutlich schon in wenigen Wochen wird der Gouverneur des US-Staates Pennsylvania einen neuen Hinrichtungsbefehl gegen Mumia Abu-Jamal unterschreiben. Damit rechnen die Rechtsanwälte des zum Tode verurteilten US-amerikanischen Journalisten.

Der genaue Zeitpunkt hängt davon ab, wann der Pennsylvania Supreme Court (Oberster Gerichtshof) eine Entscheidung darüber bekannt gibt, ob Abu-Jamals Gerichtsverfahren von 1982 neu aufgerollt werden muß oder nicht. Nachdem der Supreme Court seit kurzem wieder komplett ist (ein Richter mußte neu gewählt werden), dürfte die Entscheidung über Abu-Jamals Wiederaufnahme-Antrag jetzt bald anstehen. Aller Voraussicht nach wird sie negativ ausfallen. Unmittelbar danach wird Gouverneur Thomas Ridge den Hinrichtungsbefehl unterschreiben.

Zur Erinnerung: Mumia Abu-Jamal wurde nach einem Skandalprozeß im Sommer 1982 wegen angeblicher Polizistenmorde zum Tode verurteilt und sitzt seither in der Todeszelle. Nach aufwendigen Recherchen, dem Auftauchen neuer entlastender Indizien und mehrerer angeblich „verschollener" Entlastungszeuginnen beantragten Abu-Jamals Anwälte im Sommer 1995, das Todesurteil von 1982 aufzuheben und einen neuen Prozeß anzusetzen. Darüber muß nun der Pennsylvania Supreme Court entscheiden.

Bereits im August 1995 hatte Gouverneur Ridge einen Hinrichtungsbefehl unterschrieben, der angesichts des Wiederaufnahme-Antrags und einer internationalen Protestwelle allerdings wieder abgesetzt wurde. Auch dieses Mal gibt es noch eine „Notbremse": Vor einem Bundesgericht kann Abu-Jamal dagegen klagen, daß die „unteren" Gerichte von Pennsylvania seine Grundrechte und bestimmte Prozeßregeln mißachtet haben. Bis darüber entschieden ist, wird der Hinrichtungsbefehl vermutlich erneut ausgesetzt. Allerdings ist es in den letzten Jahren immer seltener geworden, daß ein Bundesgericht ein Einzelstaats-Todesurteil wieder aufhebt. Deswegen wird ein staatlicher Mord an Abu-Jamal wohl nur auf politischem Wege verhindert werden können.

Am 6. Dezember 1997, fast genau 16 Jahre nach Abu-Jamals Verhaftung, organisierten verschiedene Gruppen (vor allem die „International Concerned Friends and Family of Mumia Abu-Jamal", sowie etliche linke Kleinstparteien und Organisationen) zwei große Veranstaltungen in den USA: Ein ganztägiges „Tribunal" in Philadelphia (mit rund 1.000 Zuhörenden) und eine Demonstration in San Francisco (mit mehreren tausend Menschen). Die unerwartet starke Beteiligung zeigt, daß der „Fall Mumia" in den USA weiterhin mobilisierungsfähig ist →



Bundesweite Demonstration gegen den geplante Hinrichtung 1995

Internationales Kampagnen-Büro KOLA

Leonard Peltier Tag - 6. Februar 1998



Freitag, den 2.1.98
Liebe Freunde,
wir sind mitten in den Vorbereitungen für den internationalen Leonard-Peltier-Tag (6. Februar 1998).

LPSG in Belgien plant den Besuch der US-Botschaft in Brüssel. Aktivisten der LSPG, von KOLA und For Mother Earth wollen vor dem Eingang der Botschaft demonstrieren, während Elsie Herten (KOLA), Danielle Vounckx (For Mother Earth) und Herr Lode Vanoost, Mitglied des belgischen Parlaments, ein kurzes Gespräch mit dem US-Botschafter oder dem für Menschenrechtsfragen zuständigen Botschaftsangehörigen führen.

Natürlich werden wir ebenfalls die nationalen Medien kontaktieren und informieren. In unserer Pressemitteilung wollen wir darauf hinweisen, daß die Aktion in Belgien keine Einzelaktion ist, wir möchten vielmehr auch darauf hinweisen, was IHR in Euren jeweiligen Ländern unternehmt. Bisher wissen wir, daß

- Richard Ziegler in Eurasburg (Süddeutschland) und seine Gruppe eine Mahnwache abhalten werden;
- Mitglieder von Nitassian (CSIA Frankreich planen ebenfalls einen Besuch der US-Botschaft in Paris, unterstützt durch ein Mitglied der französischen Nationalversammlung;
- die Unterstützergruppe Leonard Peltier in den Niederlanden wird vor der US-Botschaft demonstrieren.

Könnt Ihr uns bitte mitteilen, was Eure Gruppe an diesem wichtigen Tag unternimmt, damit wir dies unserer Pressemitteilung hinzufügen können? Laßt uns der Welt zeigen, daß wir gemeinsam stark sind und daß wir entschlossen sind - jetzt mehr als jemals -, dafür zu sorgen, daß Leonard Peltier freikommt!

Was immer Eure Pläne sind ... wir wünschen Euch das Beste und sind in Gedanken bei Euch!

In Freundschaft
Elsie Herten und Danielle Vounckx

Adresse:
L.P.S.G. Belgium, Van Booeckel St. 20, B-1140 Brussels, Belgium, Tel/Fax 00 32-2-241-8322. Email: kolahq@skynet.be

- trotz des mittlerweile über zwei Jahre dauernden Abwartens auf das nächste Gerichtsurteil.

Die Veranstaltung in Philadelphia wurde als „Internationales Tribunal" aufgezogen, mit einer „Anklageschrift" gegen verschiedene Politiker und Institutionen (u.a. Gouverneur Ridge und die Polizei von Philadelphia) und einem 23-köpfigen „Gericht" mit Vertretern aus sechs verschiedenen Ländern (darunter der Hamburger Rechtsanwalt Ulf Panzer). Zahlreiche AnwältInnen (u.a. Abu-Jamals Verteidiger Len Weinglass), AktivistInnen (u.a. der langjährige politische Gefangene Geronimo Pratt und Ward Churchill vom American Indian Movement) und Kulturschaffende traten als „ZeugInnen" vor das Tribunal. Sie sprachen über Abu-Jamals Biographie als Mitglied der Black Panther Party Ende der 60er Jahre und als kritischer Radio-Journalist in den 70er Jahren, über den Skandalprozeß von 1982 sowie über die Todesstrafe und den rassistischen Repressionsapparat in den USA. Das wenig überraschende „Urteil" des Tribunals: Abu-Jamal ist sofort freizulassen.

Trotz des großen Publikumsinteresses ignorierten die regionalen Massenmedien das „Tribunal" praktisch komplett. Damit wurde die wichtigste politische Zielgruppe leider nicht erreicht - die Öffentlichkeit von Pennsylvania, die über die Wahl des Gouverneurs und der zuständigen Richter entscheidet.

Auch mal eine gute Nachricht: Albert Sabo, der berüchtigte „Blutrichter" von Philadelphia, ist endlich im Ruhestand. Sabo war der Richter, der Abu-Jamal 1982 zum Tode verurteilte. Insgesamt hat Sabo über mehr Menschen die Todesstrafe verhängt (insgesamt 31) als jeder andere Richter (oder Richterin) in den USA. 1991 erreichte Sabo das Pensionsalter (70), war aber weiter als „Teilzeit-Richter" tätig (Aufwandsentschädigung: 600 Mark pro Tag). In dieser Funktion durfte Sabo 1995 selbst darüber entscheiden, ob sein 1982er Urteil gegen Abu-Jamal wegen mehrerer Formfehler und neuer Entlastungsbeweise wieder aufgehoben werden sollte (Antrag abgelehnt).

Ende November versetzte das Oberste Gericht von Pennsylvania den inzwischen 76jährigen Sabo endgültig in den Ruhestand. Von insgesamt 14 „Senior Judges" in Philadelphia wurden vier pensioniert. Mehrere andere Richter, die noch älter als Sabo waren, bleiben dagegen im Amt. Diese Tatsache deutet darauf hin, daß der Supreme Court zu guter Letzt doch Zweifel an Sabos Amtsführung hatte. Für Abu-Jamal ist damit zumindest die Gefahr ausgeräumt, daß eine etwaige neue Verhandlung wiederum von Sabo geführt worden wäre.

Während Abu-Jamals Todesurteil seit nunmehr bald 16 Jahren durch die juristischen Instanzen wandert, nimmt landesweit die Zahl der Exekutionen dramatisch zu. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr in den USA 74 Menschen hingerichtet - so viele wie seit 40 Jahren nicht mehr. Nachdem in den 70er Jahren die Todesstrafe vorübergehend ganz ausgesetzt wurde, gab es in den 80er Jahren durchschnittlich etwa eine Hinrichtung im Monat. Unter Präsident Clinton wurden jedoch die Berufungsmöglichkeiten für zum Tode Verurteilte dra-

amnesty international interveniert

Nachdem amnesty international (ai) in den vergangenen Jahren keine Stellungnahme zu Mumia Abu-Jamals Fall abgegeben hat (außer einer allgemeinen Ablehnung der Todesstrafe), besuchte ai-Generalsekretär Pierre Sane Ende November Abu-Jamal und Scott Blystone, einen weiteren Todestrakt-Insassen in Pennsylvania. Anschließend kritisierte Sane die „rassistische und ungerechte Anwendung der Todesstrafe" in dem US-Bundesstaat:

„(...) Ich fordere Gouverneur Tom Ridge, Oberstaatsanwalt Mike Fischer und den Landtag von Pennsylvania dazu auf, (...) ein Moratorium für alle Hinrichtungen zu verhängen, eine umfassende Untersuchung über das offensichtliche rassische Ungleichgewicht einzuleiten, mit dem die Todesstrafe in diesem Staat angewendet wird, und sicherzustellen, daß alle Angeklagten, ob reich oder arm, einen angemessenen Rechtsbeistand erhalten, wenn sie um ihr Leben vor Gericht stehen. Diese Mittel sind notwendig, um sicherzustellen, daß alle Menschen in Pennsylvania vor dem Gesetz gleich sind. Gestern besuchte ich eine Lagerhalle (warehouse) voller Männer, die darauf warten, vom Staat Pennsylvania getötet zu werden. Der Todestrakt von Pennsylvania sieht so aus und fühlt sich so an wie eine Leichenhalle. Vom Moment ihrer Ankunft an werden die verurteilten Gefangenen dort langsam und systematisch umgebracht, erst spirituell, dann körperlich (...). ai hat ernsthafte Zweifel an der Gerechtigkeit von Mumia Abu-Jamals Gerichtsverfahren und prüft gegenwärtig, ob der Prozeß mit internationalen Justizstandards vereinbar war. (...) ai befürchtet, daß Mumia Abu-Jamals ursprünglicher Prozeß von dem tief verwurzelten Rassismus vergiftet worden sein könnte, der die Anwendung der Todesstrafe in Pennsylvania zu beflecken scheint. (...) Angesichts des gegenwärtigen Pro-Todesstrafen-Klimas befürchtet ai eine Lawine des Tötens durch den Staat. Und die Körper werden zum großen Teil die von armen und schwarzen Männern sein."

ai-Generalsekretär Pierre Sane, Philadelphia, 26. November 1997

aus: ak 410, Quelle: Socialist Action, Dezember 1997, Übers.: mi

stisch eingeschränkt. Dadurch kommt es in den letzten Jahren zu immer mehr Hinrichtungen.

Genau die Hälfte aller Todesurteile wurde in einem einzigen Staat vollstreckt: In Texas wurden im vergangenen Jahr 37 Menschen mit der Giftspritze getötet. Dort ist der Trieb zur Blutjustiz mittlerweile fast völlig enthemmt. Nur ein einziger Fall hat in der letzten Zeit in Texas zu einer öffentlichen Kontroverse geführt: Anfang Februar soll dort eine Doppelmörderin hingerichtet werden, als erste Frau seit über 130 Jahren. Weil sie inzwischen zur bekennenden Christin geworden ist, setzen sich selbst reaktionäre Fernsehprediger wie Pat Robertson (der sonst als Erster nach „Sühne" schreit) für die Verurteilte ein. Ob dies für eine Begnadigung durch den texanischen Gouverneur George Bush (ein Sohn des ehemaligen US-Präsidenten, der im Jahr 2000 eventuell selbst für das Weiße Haus kandidieren will) ausreicht, ist freilich nicht sicher.

mmerhin enthält die Statistik auch einen - matten - Lichtblick: Außerhalb von Texas wurden 1997 weniger Menschen hingerichtet als noch 1996. Die Todesstrafe gibt es in 38 (von insgesamt 50) US-Bundesstaaten. „Nur" 17 davon führten sie im vergangenen Jahr auch aus. Um ein Haar wäre das relativ liberale Massachussetts der 39. Todesstrafen-Staat geworden. Ein entsprechender Gesetzentwurf scheiterte allerdings im Landtag durch ein Abstimmungspatt. Ein ursprünglicher Todesstrafen-Befürworter stimmte im letzten Moment mit „Nein". Der Auslöser: Das vieldiskutierte „Mord"-Urteil gegen die 19jährige britische Au-Pair-Frau Louise Woodward, das unter dem neuen Gesetz zur Todesstrafe hätte führen können.

Die Alternative zur Todesstrafe ist allerdings kaum weniger grausam: Lebenslänglich ohne Bewährung („life without parole"). Diese Strafe wird in immer mehr Bundesstaaten (und immer öfter) verhängt. Die Gefangenen werden selbst dann nicht mehr entlassen, wenn sie bereits todkrank sind. Sie sterben im Knast. Die US-Anwaltskammer, verschiedene Bürgerrechtsorganisationen und religiöse Gruppen haben in der letzten Zeit Appelle für ein „Moratorium" verabschiedet: Bis auf weiteres sollen keine weiteren Todesurteile mehr vollstreckt werden. Insgesamt sitzen in den USA über 3.100 Verurteilte in den Todeszellen und „warten" auf ihre Hinrichtung. Begründet wird diese Minimalkonsens-Forderung meist mit der „ungerechten" Anwendung der Todesstrafe: Es ist unstrittig, daß überproportional viele Verurteilte ethnischen Minderheiten angehören bzw. zu arm sind, um sich gute AnwältInnen leisten zu können. Mumia Abu-Jamals erster Prozeß war dafür nur ein Beispiel unter vielen.

mi. (aus: ak 410 vom 15.1.98)

Infos zu Abu-Jamal: Solikomitee Mumia Abu-Jamal, Yorckstraße 59, 10965 Berlin. Infos zur Todesstrafe im Internet: www. essential.org/dpic oder www.igc.org/ quixote/ej

Interview mit Norma und Isaac Velazco

Zur aktuellen Situation der peruanischen Gefangenen

Das folgende Interview mit dem Europasprecher der MRTA, Isaac Velazco, und mit Norma Velazco, das die Redaktion des Angehörigen Infos führte, wurde auch im Radio FSK Hamburg gesendet.

Wie ist die Situation der politischen Gefangenen in Peru?

Norma: Es hat einige Veränderungen durch den Druck der Auslands- und der Menschenrechtsorganisationen gegeben nach der Besetzung der Botschaftsresidenz. Es sind zum Beispiel 309 Gefangene freigelassen worden, die unschuldig verurteilt worden waren. Es sind mehr Besuchszeiten den Gefangenen zugestanden worden. allerdings bleiben nach wie vor sehr starke Restriktionen gegen die Gefangenen aus der MRTA, die sich nicht den Bestimmungen der Diktatur von Fujimori unterwerfen wollen, die nicht von ihrem Kampf abschwören wollen.

Trotzdem muß man sagen, daß das nach wie vor als Druckmittel der Repression benutzt wird in Peru, obwohl Leute freigelassen worden sind, die unschuldig waren, werden andere in den Knast gesteckt, und zwar eine ganze Menge. Zum Beispiel ist der Präsident einer studentischen Vereinigung, Juan Castillo, festgenommen worden, und angeklagt, Terrorist zu sein. Daraufhin sind viele Leute auf die Straße gegangen, und das geht auch anderen aktiven Gewerkschaftlern oder anderen engagierten Leuten so, die dann für mehrere Jahre in den Knast gesteckt werden sollen, also für 4-5 Jahre, weil man dann hofft, daß sie durch den Druck und durch die Folter kein Interesse mehr an politischer Betätigung haben.

Isaac: Er meint, daß es sehr viel Propaganda bei uns über die 300 Freigelassenen gibt und daß man darüber nicht vergessen darf, daß immer noch 6 000 Gefangene in den Knästen sitzen, und die in der Mehrheit nicht irgendwelche Verbindungen zu den kämpfenden Organisationen haben, sondern in der Mehrheit der Opposition angehören, die nur ihre Grundrechte einfordern.

In deutschen Zeitungen lesen wir immer wieder, daß politisch unschuldig Verurteilte freigelassen wurden. Könnt ihr da noch mal genauer etwas dazu sagen?

Isaac: Wie gesagt, 309 gefangene Männer und Frauen, die wegen Terrorismus oder Verbindungen zum Terrorismus angeklagt waren, sind freigelassen worden. Aber man muß sich fragen, was die Gründe waren, warum sie überhaupt im Knast gesessen sind, warum sie 4 oder 5 Jahre dort überhaupt verbringen mußten. Der Grund liegt darin, daß die Diktatur nicht die politischen Grundrechte der Menschen respektieren will. Eigentlich gilt, daß man so lange unschuldig ist, solange nicht das Gegenteil bewiesen worden ist, also „in dubio pro reo" im Zweifel für den Angeklagten. Dieses Gesetz oder dieser Grundsatz ist von Fujimori gebrochen worden, und zwar in der Hinsicht, daß gesagt wurde „in dubio pro sociedad", also im Zweifel für die Gesellschaft. Insofern hat die Armee, bzw. die Polizei die Möglichkeit, schon aus Verdachtsgründen Leute festzunehmen und in den Knast zu stecken, sie dort zu foltern und dann zu verurteilen. Das erklärt die wachsende Zahl an Studierenden, an Bauern, an Gewerkschaftlern, an sonstigen Aktiven in den Stadtteilen, die im Knast landen, weil ihnen angeblich irgendwelche Verbindungen zum Terrorismus nachgewiesen werden. Und das zeigt insgesamt die fehlenden Autonomie in der peruanischen Gerichtsbarkeit. Zum Teil finden dort sogar Gerichtsprozesse statt, ohne daß die Richter von Angesicht erkennbar sind, das heißt: sie sind für die Angeklagten nicht sichtbar oder vermummt. Es gab insgesamt ungefähr 10 000 politische Gefangene, momentan sind es noch 6 000, davon sind 478 Gefangene aus der MRTA und vielleicht ungefähr 1'000, die Sendero Luminoso, dem Leuchtenden Pfad, zugeordnet werden können. also es sind vielleicht gerade mal 1 500 oder 2 000 Gefangene, die in irgendeiner Weise etwas mit den Guerillaorganisationen zu tun haben. Dann bleiben aber immer noch 8 000, bzw. jetzt von aktuell 6 000 noch 4 000, politische Gefangene, die mit den kämpfenden Organisation nichts zu tun haben und dementsprechend unschuldig dafür im Knast sitzen, daß sie Personen sind, die sich gegen die neo-liberalistische Gesetzgebung usw. engagieren.

Norma hat berichtet von der Folter, der viele Gefangene unterworfen wurden im Knast sowie bei der Verhaftung, und die viele der Menschen betroffen hat, die gerade freigelassen worden sind. Zum Beispiel erzählt sie von einer Frau aus der Provinz in Peru, die bei ihrer Festnahme so gefoltert worden ist, daß sie mit einem Stock vergewaltigt worden ist, und der ganze Unterleibsbereich, die Gebärmutter bis hin zum Magen schwer verletzt worden ist. Dagegen, und das ist nur ein Fall unter vielen, stehen dann solche Menschen wie der Priester Hubert Lanzier, der von der Regierung für diese Kommission der Freilassung eingesetzt worden ist, der gesagt hat, daß die

4 oder 5 Jahre, die die Gefangenen im Knast verbracht haben oder verbringen, daß das aus ihnen bessere Menschen macht. Und das ist eine Person, die eigentlich in dieser Kommission die Gefangenen bzw. die Menschenrechte verteidigen soll, und diese Person sagt jetzt solche Sachen über Menschen, die gefoltert worden sind, die ihre Familie verloren haben, die ihre Arbeit verloren haben, die eigentlich ihre Existenzberechtigung als menschliches Wesen verloren haben, er rechtfertigt damit auch die Repression, die Diktatur und die Folter. Diese Kommission der Freilassung, vielleicht sollte man dazu noch etwas sagen, ist eine Kommission, die sich eben um die Freilassung der unschuldigen im Knast sitzenden kümmert, die aber von der Diktatur eingesetzt worden ist. Insofern ist es eine Kommission, von der wir nicht soviel erhoffen. Andererseits erwarten wir eigentlich von den fortschrittlichen Sektoren, aus der Kirche beispielsweise, daß sie sich zu solchen Aussagen dieses Priesters verhalten in irgendeiner Art und Weise. Und außerdem erinnert dieser Priester und solche Sätze an die Ideologie der Inquisition, wo die in irgendeiner Weise der Kirche nicht in die Ideologie passenden Menschen gefoltert und dann verbrannt worden sind.(...)

In der Neuen Zürcher Zeitung *vom 4.Dezember 1997 stand, daß die internationale Kommission des Roten Kreuzes wieder politische Gefangene besuchen kann. Könnt ihr das bestätigen?*

Isaac: In diesem Bericht heißt es ja, daß das möglich ist, es ist wohl so, daß die Regierung offiziell angekündigt hat, daß seit 1.12., Besuche des Roten Kreuzes zugelassen sind, allerdings haben wir jetzt Mitte Januar, und es gibt bis jetzt noch keinen Beweis, daß Gefangene besucht worden sind, also keinen Beweis von den Angehörigen bzw. von den Gefangenen selber. Auf jedem Fall ist es so, daß bisher die Gefangenen aus der MRTA nicht besucht worden sind vom Roten Kreuz. Ein Beispiel vielleicht noch: Im Dezember '95 wurden in einer Auseinandersetzung mit der Polizei zwei Menschen verletzt. Die lagen dann mit Schußwunden im Knast. Das Rote Kreuz hat sie dort nicht besucht mit ihren Schußwunden. Das heißt: Es ist immer dann berechtigt humanitäre Hilfe zu leisten, wenn die Regierung es zuläßt, sonst wird keine humanitäre Hilfe geleistet. Mittlerweile sind die beiden operiert worden, und das kann man vielleicht mit der Tatsache verknüpfen, daß die Vereinten Nationen am 25.Januar einen Besuch in den peruanischen Knästen planen und angekündigt haben, wo sie auch die Hochsicherheitsknäste besuchen wollen, und mit diesen Aktionen, daß jetzt das Rote Kreuz zugelassen werden soll und mit Verlegungen und anderen Verbesserungen usw., möchte die peruanische Diktatur ihr Gesicht wahren vor der internationalen Öffentlichkeit. Insofern kann man auch diese Ankündigung des Roten Kreuz sehen und auch daß vielleicht die Ein oder Anderen anders behandelt werden. Allerdings gibt es bisher, wie gesagt, von diesen Rot-Kreuz-Besuchen keine Bestätigung.

Die Hamburger Innenbehörde und. die Bundesregierung verfügte im Herbst gegen dich, Isaac, ein partielles politisches Betätigungsverbot. Dein Rechtsanwalt legte Berufung dagegen ein. Kannst du kurz sagen, was das politisch für dich bedeutet? Was ist der neueste Stand?

Isaac hat das Ganze auf 2 wesentliche Aspekte gebracht: Das eine ist, daß jedes menschliche Wesen ein politisches Wesen ist. Wenn man ihnen das Politische wegnimmt oder den politischen Teil verbietet, was bleibt dann noch? Die Garantie, daß sich jeder Mensch politisch ausdrücken darf, ist in allen demokratischen Verfassungen verankert. D.h.: Es gibt eigentlich eine Freiheit, sich auszudrücken, seine Meinung und seine Ideen auszudrücken, und sich zu organisieren. Mit diesem politischen Betätigungsverbot soll Isaac jetzt auf eine Funktion reduziert werden, die nicht mehr denkt. Denn er als Mitglied einer politischen Organisation darf sich nicht mehr politisch betätigen. Das heißt: Er hat das Verbot, sich für das peruanische Volk oder im Sinne des peruanischen Volkes auszudrücken. Es gehört aber zu den Rechten des Volkes, sich überhaupt über die Diktatur zu äußern, was sie ja im eigenen Land schon nicht mehr können. Zu seiner speziellen Situation sagt er dann noch, daß die Umstände in Peru ihn dazu gezwungen haben, das Land zu verlassen und in Deutschland um Asyl zu bitten, daß er nach Hause zurückkehren möchte, aber das nicht kann, weil dort eine Diktatur herrscht, und er alles tun möchte hier in Deutschland, was ihm möglich ist, um diese Diktatur in irgendeiner Weise zu schwächen und sie zu bekämpfen. Und er sieht das Betätigungsverbot nicht nur gegen sich als Person Isaac Velazco, sondern vor allem auch gegen das peruanische Volk, das sich dadurch nicht äußern darf. Es darf sich nicht zu Hause äußern, und es darf sich jetzt auch nicht hier in Deutschland äußern.

Die Berufung, die der Rechtsanwalt eingelegt hat, folgt dieser Argumentation des Grundrechtes der politischen Betätigung. Letztlich gibt es aber keine neuen Informationen, als daß der Prozeß weitergeht, und daß bis dahin erst mal alles so bleibt, wie es jetzt ist.

Vor gut einem Jahr besetzte ein Kommando der MRTA die japanische Residenz in Lima, um die Lage der Gefangenen und der Bevölkerung zu verbessern. Am 22.April letzten Jahres stürmten Elitesoldaten die Residenz und töteten alle Mitglieder des Kommandos. Wir hörten, daß zu diesem Jahrestag Aktionen geplant sind.

Isaac: Zunächst einmal ist zu unterscheiden zwischen politischen Aktionen und bewaffneten Aktionen, die man machen könnte, aber die Situation in Peru und in der gesamten Welt hat gezeigt, gerade nachdem das Kommando, das die Botschaftsresidenz in Lima besetzt hat, ermordet worden ist, daß erst mal die Antworten, die es geben kann auf dem politischen Feld liegen werden oder gelegen haben. Es ist wichtig, an diesen Tag zu erinnern, der 17.12., an dem die Botschaftsresidenz besetzt worden ist 1996. Ein Jahr später, also jetzt im letzten Dezember, gab es verschiedene Aktionen: Zum Beispiel in Spanien wurde sich gegen Neoliberalismus geäußert, gab es eine Resolution und auch einen Marsch für die politischen Gefangenen. Es gab weitere Aktionen in Italien und in der Schweiz. Auch in Deutschland haben andere Linke ein Plakat gestaltet, um an den Jahrestag zu erinnern. *(Das Plakat kann gegen Einsenden des Portos bestellt werden bei: Gruppe Venceremos, c/o Kopierladen M99, Manteuffelstr. 97, 10997 Berlin - Red.)*

Am 22.April, dem Jahrestag der Erstürmung der Botschaft und der Ermordung der MRTA-Aktiven, wird man daran erinnern. Ich betone, daß die MRTA eigentlich eine politische Organisation ist, und der bewaffnete Kampf ist nicht das Ziel sondern das Mittel, um ein Ziel zu erreichen. Die Unterdrückung weltweit in verschiedensten Formen und Facetten ist mittlerweile so stark geworden, daß man sich gegen diese Unterdrückung und Repression wehren muß, also es ist wichtig, den Kampf gegen den Neoliberalismus zu führen. Und diese Besetzung, die gelaufen ist, sollte unter anderem den Staatsterrorismus in Peru bekämpfen bzw. auf den Staatsterrorismus in Peru aufmerksam machen. Das Volk geht auf die Straße, um für seine Rechte zu kämpfen, und diese Mobilisierung muß man stärken, man muß sie mit politischen Aktionen stärken. Man muß ein politisches Gewissen schaffen, um überhaupt Veränderungen und die Revolution zu ermöglichen. Das heißt, daß ein politisches Gewissen geschaffen werden muß im Volk, aber auch in der Organisation der MRTA sind politische Aktionen gut.

Angehörigen Info

Zwei Verfahren eingestellt

Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat zwei Verfahren gegen das *Angehörigen Info* eingestellt, beide hatte die Bundesanwaltschaft wg. § 140 StGB (Billigung von Straftaten) angestrengt. Einmal ging es um einen Beitrag zur dtsch.-tschechischen Erklärung, aus dem bzw. in den die BAW die Billigung der Erschießung Schleyers heraus- oder besser hineinlesen wollte, um erneut die Repressionsschraube anzuziehen. Zum anderen ging es um die Berichterstattung in Info 193 über Angriffe auf die peruanischen Gefangenen und über den Terror des Fujimori-Regimes in Peru. Unmittelbar nach dem Maulkorberlaß gegen Isaac Velazco versuchte die Staatsmacht, die freie, parteiliche Berichterstattung über den Konflikt zu unterdrücken. Dem öffentlichen Protest ist es zu verdanken, daß dieser Versuch gescheitert ist. Trotz dieses Erfolges: Der Maulkorb für Isaac ist noch nicht zurückgeschlagen. *(Red.)*

100 000 an den Gräbern der Sozialisten in Friedrichsfelde / 15 000 ziehen als geschlossene Demonstration dorthin

Auf dem Weg zum Treffpunkt der Demonstration viele ältere SpaziergängerInnen, die uns grüßen. Es ist unser Tag!

In der Nähe des Hbf. erzählt uns ein obdachloser Mann, wie er früher mitdemonstriert hat: Es wurden noch Strichlisten gemacht vom Betriebsleiter, wer kommt und wer nicht + früher war hier Rotlicht-, jetzt eher Blaulichtmilieu.

Vorkontrollen, Transparente müssen aus ausgerollt werden, sie suchen schon nach ERNK-Symbolen.

Vorne am Anfangstransparent viele alte GenossInnen -

Luxemburg, Lenin, Liebknecht: Nichts + Niemand ist vergessen / Aufstehen + Widersetzen!

Dahinter laufen viele Familien, ganz unterschiedliche Gruppen, am Rande stehen Tunten mit einem Transparent - Wir liebens Rosa - andere Texte: Mehr Steuern für Millionäre, Bleiberecht für Flüchtlinge, Bessere Ausbildung, Freilassung der ehem. DDR-Kundschafter ...

Die Polizei redet offiziell davon, daß die Demonstration doppelt so stark ist wie '97. Es demonstrieren mind. 15.000.

Wir gehen im antifaschistischen, revolutionären Block, hier trifft sich die rebellische Jugend - 4.000 sind es.

Der Zug bewegt sich vom Leninplatz (jetzt Platz der Vereinten Nationen) die ganze Karl-Marx-Allee längs. Die Karl-Marx-Allee ist der letzte Boulevard, der nach '45 in Europa gebaut wurde, früher hieß sie Stalinallee. Hunderte stehen auf ihren Balkonen, die Polizei bildet Spaliere und schlägt sich schon früh mit Fäusten in den Block rein. Es werden immer wieder kurz ERNK-Fahnen gezeigt.

Zivile Polizisten schlagen Leute aus dem Block raus, nachdem vorher wieder ein ganzer Zug in den Block eingefallen ist. Die Zivis werden attackiert, ein alter Mann schlägt auf einen B. ein, Jugendliche schützen ihn und wehren ab.

Die Demonstration erreicht trotz alledem geschlossen Friedrichsfelde. Kurz bevor alle Richtung der Gräber abbiegen, werden türkische + kurdische Gruppen angegriffen, die ziemlich am Ende der Demonstration laufen.

Dieser letzte Überfall dauert, bis einige türkische Leute zu den Wannen gebracht werden, ca. 20 Minuten. Alle warten. Als die Demonstration letztlich den Vorplatz des Friedhofes erreicht, ist dies ein sehr feierlicher Moment. Viele alte Leute weinen.

Bisher waren nur die Alten da, jetzt kommt die Jugend dazu. n den Gräbern zeigt die Polizei keine Präsenz. Im Januar 96 gab es brutale Einsätze der b. direkt an der Gedenkstätte. Monatelang brachte ihnen das Wut und Empörung und Solidarisierung unter den 100.000 ein, die gekommen waren. Diesmal kriegen die meisten an den Gräbern gar nichts von den Angriffen auf die Demonstration und den mindestens 20 Festnahmen mit.

Das Herausragende an diesem Tag ist, daß Tausende, die sich dem Ziel des Sozialismus weiter verpflichtet fühlen, zusammenkommen. Die, die sonst viele verschiedene Wege getrennt voneinander gehen - Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Alte - aus Jena + Duisburg, Treptow und Schönefeld.

Aus antifaschistischen Jugendgruppen + Organisationen der WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus.

Die Strategien der Spaltung sind von der Polizei genau gegen diese Vereinheitlichung der antifaschistischen Kräfte gerichtet: die verschiedenen Generationen, die aus dem Osten + dem Westen + die verschiedenen Nationalitäten voneinander zu isolieren.

Wir sollten es uns nicht so einfach machen zu meinen, daß die Polizei mit diesem Konzept nicht durchkommt. Die Dynamik dieses politisch großartigen Ereignisses verdeckt die vorhandenen Schwächen in der Kommunikationsstruktur unter uns. Die jeweiligen Erfahrungen der Gruppen, die teilnehmen, sind noch auszutauschen, und die Chance besteht jedenfalls, daß sie sich kollektivieren lassen, daß mehr denn je die Notwendigkeit zur antifaschistischen Einheit zum Ausgangspunkt unseres Handelns wird. 1998 hat jedenfalls für alle, die nach Friedrichsfelde kamen, gut angefangen. Bis auf die, die noch ihre Verletzungen kurieren müssen.

Ein Fortschritt zum letzten Jahr ist, daß es in der Vorbereitung zum Block eine Einigung gab, daß die Freilassung der Gefangenen aus der RAF eine zentrale Forderung ist - und dies in drei großen Transparenten und Bildern von Gefangenen einen Ausdruck fand.

SIE SIND VON UNS - die Gefangenen aus der RAF müssen raus.
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Lesung mit Raul Zelik aus seinem Buch „Friß und stirb trotzdem"

Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20.00 Uhr
Die GenossInnen vom Infoladen Umschlagplatz schreiben: Wir glauben, daß es sich für die Lesung mit Raul lohn, nach Bremen zu fahren.

Aus einem Brief von Ivan Jelinic

(...) Im Ang. Info Nr. 201 ist aus (m)einem Brief berichtet worden. Die Fortsetzung ist folgende. Am 24.9. beantragte ich die Bestellung eines Hautarztes (weil mir plötzlich die Barthaare ausfielen). Vier Wochen darauf, am 22.10., wars dann soweit: Raus aus der Zelle in Trakt. Dann obligatorische Durchsuchung (einer tastet dich körperlich ab, der zweite benutzt den Metall-Detektor), alles wie immer. Und weiter in den nächsten Gang; 1-2-3 Türen, noch 1 Gang - und 'ne Tür. Wir sind im Lazarett vor der Behandlungszelle. Der Sanitäter etwas schroff zu den Bewachern (sinngemäß): ‚Der Hautarzt ist noch nicht da. Er muß in das Wartezimmer! Das hab ich euch doch schon am Telefon gesagt. Geht in das Wartezimmer. Der Arzt kommt gleich.' (Ein Bewacher knallt die Tür zu.) Sie sind zu Recht empört, weil für isolierte Gefangene überlicherweise grünes Licht gilt. Das Warten in Bereichen, wo Menschen umhergehen, verstößt gegen die Sicherheit.

Die Wartezelle ist leer. Ein Bewacher versucht, sie aufzuschließen, aber es geht nicht. (Vielleicht falscher Schlüssel ...) Jetzt ist er aber heftig sauer und hilft mit dem Schuh nach. Alle drei glotzen wir blöd; das Ding war nicht verschlossen! Also rein in die Wartezelle. Ich direkt anws Betonfenster (endlich kein Moskitonetz!). Ein B. in der Mitte der Zelle, der andere hält die Tür von innen fest (er kann von innen nicht zuschließen). Plötzlich seh ich was auf der Sitzbank, vielleicht Papier? (Wenn du jahrelang isoliert bist, bist du ein Forscher.) Ich nehme also das ‚Marspapier' und halte plötzlich in der Hand ein Teppichmesser! (Ah-du-heiliger-Strohsack!) Lange, breite und ausziehbare Klinge das Teil. (Wenn du jahrelang mit einem Messer aus Plastik Brot schmieren mußt, wirkt das normale unglaublich faszinierend.) Aber was solls, es ist nur ein rasiermesser-scharfes Teppichmesser. Und da ich keinen Teppich besitze: Dreh ich mich um und sag zu den Bewachern: „Was ist das denn für ein Ding?" - und drücks dem nächsten freiwillig in die Hand.

Die Gesichter der beiden kann man nicht beschreiben, sie waren baff.

So lustig das klingen mag, die Sache hat einen ernsten Haken. Oder glaubt eine/r an einen Zufall? Vielleicht, aber nicht, wenn man bedenkt, daß das nicht das erste Mal ist. 1992 im Trakt der JVA Suhrenkamp in Hamburg hatte mir ein Spitzel „Hermann" mit einem ähnlichen Trick ein Messer untergeschoben. Als ich ihn fragte, ob er mal beim BKA gearbeitet hätte, war er am nächsten Tag weg ...

Die letzte Veranstaltung im KOMM

Wie wir schon in unserer letzten Ausgabe kurz berichteten, konnte das Benefizkonzert „Rock gegen Rechts und Freiheit für alle politischen Gefangenen international“, das am 19.-21.12 im KOMM in Nürnberg stattfinden sollte, nicht an allen drei Tagen durchgeführt werden. Wir veröffentlichen Auszüge aus Interviews mit den OrganisatorInnen dieses Projekts, dem Infobüro Nürnberg, die von Radio Z aus Nürnberg und dem Radio FSK (Freies Sender Kombinat) aus Hamburg gesendet wurden. (Red.)

Auszüge aus einem Radio Z-Interview vom 23.12.97

Über die Ereignisse am Wochenende: Das Benefiz-Spektakel „Rock gegen rechts und für die Freiheit der politischen Gefangenen international“ war im vollen Gange, als es am Samstag abend plötzlich im gegenüberliegenden Baumeisterhaus brannte. Schnell war die Rede von Molotow-Cocktails, die Polizei riegelte das KOMM großräumig ab, was KonzertbesucherInnen provozierte. Es flogen Flaschen und Steine. Daraufhin war es gar nicht mehr möglich, das KOMM zu verlassen, ohne seine Personalien angeben zu müssen. Wer bei uns noch nicht zu Wort kam, waren die VeranstalterInnen des Festes vom Infobüro für die Solidarität mit den politischen Gefangenen international. Nach den letzten hektischen Tagen, die mit Aufräumarbeiten, Schadensbegrenzung, Absagen der eingeladenen Bands und ReferentInnen vergingen, sprach Claudia Schuller heute mit zwei VertreterInnen des Infobüros über ihre Sicht der Ereignisse.

Was war die Intention Eures Benefizfestes? Wo seht ihr die Verbindung vom KOMM als ehemals selbstverwaltetem Jugendzentrum und den politischen Gefangenen?
Die Verknüpfung des KOMM ergab sich für uns daraus, daß 1989 ein Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD stattgefunden hat, wir dringend ein Büro gebraucht haben, wir das in ganz Nürnberg nirgendwo bekommen haben und dann 1989 die Räume der Jusos im KOMM besetzt wurden von uns. Auf der Selbstverwaltung wurde dann abgestimmt, daß wir ein Büro im KOMM kriegen. Und so ist die Verknüpfung von uns zum KOMM auch da.

Zum ersten Teil der Frage: Die Intention war jetzt, weil der Selbstverwaltung und den politischen Gruppen bis Ende des Jahres durch die Stadt gekündigt wurde und wir dieses Wochenende natürlich auch als Möglichkeit verstanden haben, mit unserer politischen Arbeit möglichst viele Menschen noch mal zu erreichen und auch gegen diesen Rausschmiß zu protestieren. Wir denken nicht, daß in Zukunft Veranstaltungen dieser Art im neu gestylten Künstlerhaus noch mal stattfinden können.

Wie wart Ihr mit dem Verlauf des Festes bis zu den Ereignissen am Samstag abend zufrieden, weil ja schon vorher jede Menge stattgefunden hat?
Wir fanden's einfach toll. Es war sehr lebendig, es war absolut gut besucht. Wir hatten gar nicht damit gerechnet, daß so viele Menschen kommen. Es war ein großes Interesse auch für die Veranstaltungen da, es war nicht nur ein Konsumteil, und das war ja das, was wir eigentlich haben wollten, was eigentlich auch unsere Intention war: Politische Sachen rüberzubringen und gleichzeitig auch Spaß dabei zu haben.

Zu den Ereignissen Samstag nacht hat die AZ geschrieben, daß „einige Vermummte aus dem KOMM Brandsätze in das benachbarte Baumeisterhaus geworfen hätten.“ Was ist dran?
Na ja, dies würde eine physikalische Meisterleistung voraussetzen, da die Brandsätze aus dem KOMM im rechten Winkel hätten fliegen müssen, um diese besagten Fenster im Baumeisterhaus zu treffen.

Könnte es eurer Meinung nach eine politische Aktion gewesen sein?
Dann gibt es sicherlich bald eine politische Erklärung, die uns natürlich auch sehr interessieren würde.

Aber vielleicht wurde auch nur die Aufforderung des CSU-OB Scholz im Sommer dieses Jahres, „das KOMM auszuräuchern“, wörtlich genommen, und es fehlten dafür nur die notwendigen Lenkwaffensysteme aus dem Hause Diehl - Kriegswaffenhersteller, KZ-Profiteur und seit einigen Wochen Ehrenbürger der Stadt Nürnberg.

Der Stadtrechtsdirektor Frommer hat Samstag nacht spontan die Verträge des KOMM e.V. mit der Stadt gekündigt. Was ist daraus geworden? Liegt mittlerweile was Schriftliches vor. War sein Vorgehen überhaupt rechtens?
Bisher liegt uns nichts schriftlich vor. Die Kündigung wurde uns mündlich durch einen städtischen Mitarbeiter mitgeteilt. Bis Samstag nacht oder Sonntag früh 3 Uhr war noch nicht klar, ob die Veranstaltung am Sonntag überhaupt fortgesetzt werden konnte. Ob das Vorgehen rechtens ist, müssen wir noch juristisch abklären. Zwischenzeitlich soll die Kündigung ja zurückgenommen worden sein. Sicher ist nur, daß für dieses Jahr alle weiteren Veranstaltung abgesagt wurden. (...)

Auszüge aus einem FSK-Interview vom 23.12.97

Nun ist das ganze ja als „besonnener Polizeieinsatz“ in der Presse bezeichnet worden, wie sah das denn aus eurer Sicht aus?
Zu der Presseberichterstattung muß man ja eh sagen, daß sie natürlich unsere Inhalte, die Inhalte von dem ganzen Fest, total rausgeschmissen haben. Es wird da immer nur von einem Rockkonzert gesprochen und „Rock gegen Rechts“. Ich meine, das wirkliche Motto war ja „Rock gegen Rechts und Freiheit für die politischen Gefangenen international“. Das taucht natürlich nirgends auf, aber das ist ja auch so üblich in der bürgerlichen Presse.

Und zu dem besonnenen Verhalten der Polizei, das sehen wir natürlich anders. Also die Polizei hat schließlich Vorgänge, die außerhalb des KOMMs stattgefunden haben, zum Anlaß genommen, BesucherInnen zu kontrollieren, das KOMM abzuriegeln und willkürlich Leute festzunehmen. Und die in allen Medien hochgespielte Straßenschlacht hat auch erst dann begonnen, nachdem die B. so massiv aufgezogen waren. Wir haben ja bereits in der Presseerklärung mit anderen Gruppen gegen diesen völlig überzogenen Polizeieinsatz und v.a. das polizeiliche Verbot der geplanten Veranstaltungen für den Sonntag protestiert.

Um 4 Uhr früh haben dann sämtliche restlichen BesucherInnen das Haus verlassen, nachdem es vorher Versuche gab, mit den Bullen zu verhandeln. Die Polizei hat dann mit einem martialischen Aufgebot auf dem nahegelegenen Parkplatz sämtliche Leute eingekesselt. Alle wurden registriert, fotografiert, erkennungsdienstlich behandelt, Personalien aufgenommen etc. und einige dann willkürlich festgehalten. Es sind aber mittlerweile alle wieder draußen, und es laufen die bereits erwähnten Ermittlungsverfahren.

Was bedeutet das für euer Festival denn insgesamt, politisch und finanziell?
Wie gesagt, wir sind ja erst gestern dazu gekommen, eine erste Bilanz zu ziehen. Zum finanziellen Teil: Wie es ausschaut, je nach dem, welche Kosten noch auf uns zukom-

men, - wir mußten ja z.B. die Bands absagen für Sonntag, und es ist natürlich die Frage, welche Kosten da noch auf uns zukommen - werden wir nicht auf unseren Unkosten sitzen bleiben. Es wäre natürlich sicherlich mehr Geld für die politischen Gefangenen reingekommen, wenn der dritte Tag von dem Wochenende wie geplant hätte stattfinden können. Allein die Prozeßkosten von Mumia Abu-Jamal belaufen sich auf über eine Million Dollar, und auch die politischen Gefangenen in der BRD, die alle mittlerweile stark gesundheitlich geschwächt sind, brauchen dringend Geld, oder die Gefangenen in Peru oder in anderen Ländern hätten sich sicherlich über mehr finanzielle Unterstützung gefreut. Das ist der finanzielle Teil.

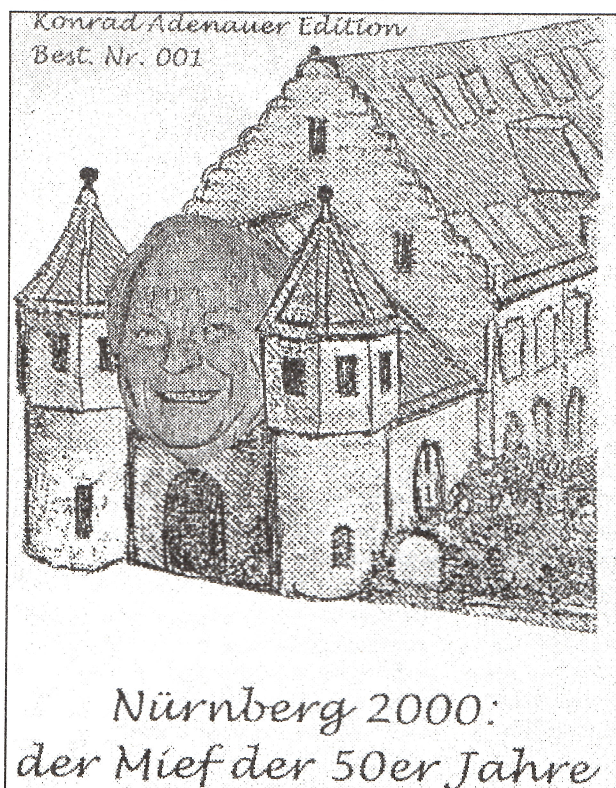
Der politische Teil, würde ich mal sagen, die ersten zwei Tage waren ein voller Erfolg. Das hatte ich ja auch schon gesagt, daß es so gelaufen ist, wie wir uns das auch vorgestellt hatten. Es war ja von uns auch so gedacht, daß es eh klar war, es wird die letzte Veranstaltung dieser Art sein, weil in dem neu-gestylten „Künstlerhaus", wie es dann wohl genannt wird, wird so etwas nicht mehr stattfinden können. (...)

Das mit dem dritten Tag ist halt schade, weil wir hätten natürlich auch vorgehabt, auch etwas zu der Situation der politischen Gefangenen in verschiedenen Ländern zu sagen. Es wäre u.a. auch Isaac Velazco dagewesen, der auch etwas zur Situation der Gefangenen in Peru gesagt hätte Der hat ja auch ein politisches Betätigungsverbot, wie ihr wißt, und es wäre auch geplant gewesen, eine Resolution zu verabschieden, für die Verlegung der baskischen Gefangenen ins Baskenland und für die Freilassung der kürzlich verurteilten Abgeordneten von Herri Batasuna. Aber dazu ist es nicht mehr gekommen.

Wie geht's weiter ohne KOMM in Nürnberg?
Na ja die Frage stellt sich ja schon das ganze Jahr, weil im Prinzip ist dieser ganze Kampf um das KOMM letztes Jahr bereits beendet gewesen, nachdem die Stadt der Selbstverwaltung gekündigt hat. Es ist dann im laufenden Jahr, also in diesem Jahr, nichts mehr passiert, um meinetwegen Ersatzräumlichkeiten zu bekommen oder etwas dafür zu tun, weil wohl auch die Kraft nicht mehr so da war bei den Gruppen, die vorher die Kampagne getragen hatten. Aus diesem Grund hatten wir das Festival auch so bestimmt, daß es eben ein Abschlußkonzert sein soll.

Wie es weitergeht, ist natürlich die Frage. Es ist klar, daß jetzt alle Gruppen sich überlegen müssen, in welche Räumlichkeiten sie jetzt gehen können, wie sie politisch weiter arbeiten können. Es ist klar, mit dem KOMM verliert die Stadt und v.a. die Linke in Nürnberg einen wichtigen Punkt, weil das KOMM auch immer so 'ne Möglichkeit war, politische Gruppen, Subkultur, Punks zusammenzubringen, und das eben nicht so als was getrenntes zu sehen. Das ist in der Geschichte des KOMMs - und die ist ja bereits über 20 Jahre alt - auch immer wieder der Fall gewesen.

Zum Schluß noch mal: Was sind die Gründe für die geplante KOMM-Schließung zum 31.Dezember?
Die Gründe ergeben sich natürlich aus dem, was ich gerade gesagt habe, welche Bedeutung das KOMM in seiner Geschichte immer auch hatte. Es war immer die Kristallisation von Auseinandersetzungen, sei es um politische Gefangene, sei es um Befreiungsbewegungen, sei es um die Häuserbesetzungen. Es gab ja auch '81 die Massenverhaftung, wo das KOMM national und wahrscheinlich auch international bekannt gewesen ist, und es ist natürlich auch im Zuge der Säuberung von Innenstädten zu sehen, was ja nicht nur in Nürnberg der Fall ist, sondern auch bei euch in Hamburg und anderen Städten. Und da ist es natürlich klar, daß so ein Haus wie dieses und Ansätze von Selbstverwaltung und selbstbestimmter Politik da keinen Platz mehr haben sollen.



Am Silvestermorgen wurden im Look der 50er Jahre, begleitet von Original-Adenauer-Reden vom Band vorm KOMM Sekt und Häppchen mit Deutschlandfähnchen angeboten und obiges Kunstwerk verteilt. Bis Ende des Jahres umstellten die Truppen des bayerischen Unterstützungssonderkommandos USK das KOMM aus Angst vor einer Besetzung. Aus dem gleichen Grund waren auch bis dahin sämtliche geplanten Veranstaltungen verboten und abgesagt.

Peter-Paul Zahl

Brief aus Jamaica

Den folgenden Text entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung der Redaktion aus KONKRET 1/98.

Peter Paul Zahl: neun Jahre DDR, elf Jahre alte BRD, elf Jahre Westberlin, zehn Jahre Knast, lebt seit 1985 auf Jamaica. Er veröffentlichte zuletzt die Romane „Lauf um dein Leben" und „Das Ende Deutschlands"

Deutscher Herbst I

11. September 1997, 8 Uhr morgens: Ich lande, von Montego Bay kommend, in Düsseldorf. Der Beamte, der meinen Paß überprüft, sieht mir länger ins Gesicht als anderen. Der Taxifahrer, der mich nach Ratingen fährt, klagt, er stünde schon vier Stunden am Flughafen: Die Leute nähmen heutzutage eher die S-Bahn oder ließen sich abholen. „So schlimm war's noch nie." Er übertreibt.

11. September 1977, 8 Uhr morgens: Ich sitze in der JVA Werl, mit etwa 70 anderen der totalen Kontaktsperre unterworfen: Fliegendraht vorm Gitter, Zusatzschloß an der Tür, die Zellen über, unter und neben meiner geräumt, das Radio abgezwackt; kein Besuch; Einzelfreistunde, Einzelbad, Kirchgang verboten, keine Post, keine Zeitung, kein Telefonat, Anwaltsbesuche verboten. Neue Unterwäsche, neue Knastklamotten, das Arschloch zwei Mal am Tag inspiziert, kein Buch. Der Grund für das alles: Ein gewisser Dr. H.M. „Ich bin ein alter Nationalsozialist und SS-Führer" Schleyer ist entführt worden. Im Knast ein ungeheurer Jubel. Wie nach der Erschießung von Generalbundesanwalt Buback: Zu den kostenlosen Vergnügen der Beherrschten gehört seit Jahrtausenden die Nachricht vom gewaltsamen Tod eines unbeliebten Herrschenden. Die Kontaktsperre ist nicht neu. Ich wurde ihr - wie alle anderen politischen Gefangenen - unterworfen anläßlich der Lorenentführung, der Flugzeugentführung nach Entebbe, der Besetzung der Stockholmer Botschaft. Der Chef des BKA, Dr. Horst „Sonnenstaat" Herold ist ein schlauer Mann: Er schafft Fakten, die ein uninformiert gehaltenes Parlament im nachhinein nur abzusegnen hat. In drei Tagen, im Stil der Krolloper. Nur vier Hanseln (linke SPD) wagen es, dagegen zustimmen. Wer ein bißchen Rechtsstaat zu bewahren wagt, ist dann gleich „Sympathisant des Terrors".

Am 5.9. wird Schleyer entführt, am 6., morgens, nimmt das LKA meine Zelle aus-

einander. Wände, Decke und Fußboden werden mit Metallsuchgeräten untersucht: Nicht ein Bleistiftspitzer wäre denen entgangen, geschweige 3 Pistolen und 570 Gramm Sprengstoff. Es ist schon erstaunlich, daß selbst 20 Jahre später 99 Prozent der Deutschen nicht nur „den Kakao, durch den man sie zieht, trinken" (Kästner), sondern auch noch immer die Scheiße fressen, die ihnen von denen da oben serviert wird. Fastfood à la Bölling, Schmidt und Herold.

11. September 1997: Mein Bruder hat viel geweint. Er trinkt zuviel. Er ist fertig mit den Nerven: Unsre Mutter hat sich einen Monat zuvor einen Oberschenkelhalsbruch zugezogen. Das passiert vielen, zu vielen alten Leuten. Zumeist im glatten Badezimmer. Der größte Teil dieser Unfälle könnte vermieden werden, baute der Staat ihnen rutschfeste Duschtassen und Kacheln ein. Die Operation ist heutzutage Routine; nach vier Tagen könnten Gehversuche beginnen. Stünde genügend Pflegepersonal im Krankenhaus zur Verfügung. Tut es aber nicht: Bei 5 Millionen Arbeitslosen muß an Arbeit gespart werden. Da liegen sie dann in ihren Gitterbetten, die Alten. Eine Flasche Sprudel wird auf das Nachtschränkchen gestellt: „Trink mal, Oma." Tun die meisten Omas aber nicht. sie haben keinen Durst. Also dehydrieren sie. Mit der Dehydrierung kommt der kleine Wahnsinn. Und das ist gut so. Da steckt man die Alten in ein „Pflegeheim und läßt sie mit Knete spielen" (so ein Sachverständiger in Berlin). Seit der Einführung der Pflegeversicherung ist die Pflege um 100 Prozent teurer geworden. Diese zu finanzieren, nimmt man den Alten ihr Häuschen weg.

Vier Stunden nach meiner Ankunft im Elternhaus bringt eine Ambulanz meine Mutter auf der Bahre ins Wohnzimmer. Dehydriert. Sie sieht „Hunde auf der Bettdecke, seht Ihr sie nicht?" Und schwarze Vögel im Raum. Und unterhält sich mit Leuten, die im II. Weltkrieg umgekommen sind. Dank der Pflege im Katholischen Krankenhaus in Ratingen. Wo sie noch aus dem Bett fiel. Weil das Seitengitter des Bettes nicht hochgeklappt war. Wo man einen Schlaganfall „übersieht2. Der Hausarzt kommt, dann die Dame vom privaten Pflegedienst. Sie ist freundlich und professionell. Das beruhigt. Uns nicht, aber die Patientin, meine Mutter. Wir sind uns einig, sie keinesfalls in ein Alten- oder Pflegeheim abzuschieben.

Einige Tage später muß mein Bruder nach Irland zurück: Seine Frau kriegt das dritte Kind, und er wartet seit Monaten auf die Resultate von Tests nach seiner ersten Herzattacke vor anderthalb Jahren. Er lebt von der Stütze. Er ist 48 Jahre alt. So bleibe ich am Krankenbett. Mulle war nie für die Reaktion, nie in der NSDAP, immer eine gute Mutter, herzlich und nüchtern, nie sentimental, hatte stets ein gutes Gespür dafür, wann ihre Kinder sie brauchten. Nun braucht sie ihre Kinder. Langsam geht es ihr besser. Zum Trinken muß man sie fast zwingen. Ihr Geist ent-wirrt sich. Wir sprechen miteinander. Sie schläft viel. Sie hat „zu nichts mehr Lust. Das Leben macht keinen Spaß mehr." Sie ist 85. Im abgedunkelten Krankenzimmer gucke ich viel fern, mich abzulenken. Diese gute Mischung aus Fußball und „Tatort". Beide besser als vermutet. Und diese böse Mischung aus Nachrichten und Geschichtsschreibung nach Gutsherrenart: ein fünftklassiger Krimi des Herrn Breloer (der nicht umsonst den Bayerischen Staatspreis erhielt) und eine „Dokumentation" über den (West-)Deutschen Herbst 88 von RTL mit anschließender Talkrunde: Schily, der den Großen Lauschangriff verteidigt, eine betroffene Stewardeß, der Kronzeuge Boock, der, hört er „dieser unser Staat" oder „Güterabwägung", mit dem Kopf nickt wie der Nikolaus im Schaufenster zur Weihnachtszeit, und als einziger, der bescheiden Kritik äußert, Ex-Innenminister Baum (u.a. daß er pausenlos von seinem eigenen Apparat verarscht und vorgeführt worden sei).

Ex-Desinformationsminister, Es-Pe-Deh, der vor 20 Jahren die Dämonisierung der RAF in der Öffentlichkeit im Akkord und mit Erfolg betrieb, darf nun im „Taz"-Journal „20 Jahre Deutscher Herbst" schreiben, „daß wir ... dazu neigten, die RAF zu dämonisieren". Ach ja. Und daß er gesagt habe, daß nichts „zu begreifen ist ohne das Ereignis (sic!) des Vietnamkrieges", um dann flott weiterzulügen)diese Kunst durfte er als Lehrbeauftragter bei den Kommunikationswissenschaften an der FU Berlin Mitte der 80er weitergeben): „Die akademische Jugend in den USA (habe) das Ende dieses sinnlosen Krieges auch ohne Terrorismus herbeizuführen geholfen." Als hätte es den Weather-Underground nicht gegeben, eine US-Stadtguerilla, mit der, damals, verglichen die RAF ein Kindergarten war. Aber die Öffentlichkeit frißt das noch immer. Unter anderem, weil Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit „in diesem unserem Lande" mehr als nur be- und eingeschränkt ist - ein schlechter Witz, verglichen mit der in den USA. Oder Jamaica, wo ich nun 12 Jahre lebe.

Eine Selbstkritik der RAF und der Bewegung 2. Juni fordern sie alle, von der „Taz" bis zur „FAZ". Aber wie kann oder soll diese erfolgen, wenn nicht zuvor die Selbstkritik jener Verbrecher in Bonn erfolgt, die die Bomben auf Vietnam und Kambodscha, auf Grenada, Panama, den Irak, das Zuschaufeln von Lebenden und Toten in Massengräbern (natürlich ohne Medienzeugen) und die Bewaffnung von Mörderbanden in Guatemala, El Salvador, Angola, Mozambique, Afghanistan und Nicaragua, die Unterstützung des Apartheid-Regimes, das Verminen von Zivilhäfen nicht nur „billigend in Kauf genommen" haben, wie Staatsanwälte dies zu bezeichnen pflegen, sondern moralisch, logistisch und materiell unterstützt? Die Mörder und ihre Komplizen laufen nicht nur frei herum, sie erfreuen sich höchster Pensionen und wohlwollender Kritiken in den Lexika und Medien. Kein Prozeß droht den Mördern in Washington und ihren Quislingen in der „frei" genannten Welt. Denn dazu müßte man sie erst dingfest machen. Die Chancen dafür sehen zur Zeit nicht sonderlich gut aus. Nicht im Deutschen Herbst 97.

Nach den Nachrichten nun das Wetter der letzten 50 Jahre. Und die Lottozahlen. Die deutsche Öffentlichkeit bleibt dehydriert: Sie halluziniert („siehst du nicht die Zivilgesellschaft?") und hält, was ihr vorgemacht wird, für real. Wie sagte der Desinformationsminister damals (und heute)?: „Allseitige Übereinstimmung verkaufen? Nichts leichter als das. Das ist bloße Konditorkunst wie Sahneschlagen: Ein Tropfen Wahrheit und viel, viel Luft ..."

P.S. Meiner kranken Mutter geht es besser. Im Dezember löse ich meinen Bruder wieder mit der Pflege ab.

Long Bay, 12.11.97

Stuttgart-Stammheim

Hungerstreik von ca. 40 Gefangenen

Ca. 40 Gefangene in der JVA Stuttgart-Stammheim sind am 7.1.1998 in den Hungerstreik getreten (inzwischen ist er beendet, weitere Informationen liegen uns noch nicht vor). Laut Erklärung der Gefangenen waren kurdische und türkische Revolutionäre und Demokraten beteiligt. Wir erhielten vom Stuttgarter Komitee zur Unterstützung der kurdischen politischen Gefangenen die Hungerstreikerklärung übermittelt:

Nicht die Kurden, sondern die Menschen werden unterdrückt

15.8.84–31.12.97

Die Türkei hat bis heute ca. 30 000 Kurden ermordet, ca. 4 000 kurdische Dörfer niedergebrannt, Hunderttausende von Kurden zur Flucht gezwungen, und Tausende wurden Opfer der Selbstjustiz. Weiterhin hat die Türkei Zehntausende von kurdischen Kriegsgefangenen in den Gefängnissen mißhandelt und gefoltert und hat in diesem schmutzigen Krieg unerlaubte bio-chemische Vernichtungswaffen benutzt, dadurch hat sie auch die Natur zerstört. Dieser Krieg wird mit aus internationalen Drogengeschäften herstammendem Geld finanziert.

Die kurdische Widerstandsbewegung wird siegen.

Jeder Mensch sollte gegen diese unmenschliche Unterdrückung Widerstand leisten, besonders sollten es die deutschen Demokraten wissen, was Unterdrückung ist.

Wir, die politischen Inhaftierten in Stammheim, treten wegen der benannten Umstände am 7.1.98 in einen Hungerstreik.

Diese Aktivität hat nichts mit der Anstaltsleitung zu tun.

Wir:

1. protestieren gegen das faschistische Vor-



gehen der Türkei

2. unterstützen die politischen sowie die Kriegsgefangenen bei ihrem Hungerstreik in türkischen Gefängnissen

3. fordern die deutsche Regierung auf, jegliche Unterstützung an die Türkei zu unterlassen

4. fordern die deutsche Regierung auf, den kurdischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren

5. fordern die deutsche Regierung auf, daß sie die Türkei auffordert, jegliche Menschenrechtsverletzungen zu unterlassen und sich an die Genfer Menschenrechtsabkommen zu halten

6. unterstützen in vollem Umfang die hungerstreikenden Genossen in Saarbrücken.

Nieder mit Faschismus
Schluß mit dem Massaker in Kurdistan
Es lebe die kurdische Freiheitsbewegung
Es lebe die internationale Solidarität

Kurdische und türkische Revolutionäre und Demokraten

Samstagsmütter

Im Ausland soll die Repression in der Türkei bekannt werden

Seit über einem Jahr existiert das Berliner Solidaritätskomitee mit den türkischen Samstagsmüttern. Auf einer Feier zum einjährigen Bestehen war auch die Mitbegründerin der Samstagsmütter Hatice Toraman anwesend. Christian Beetz sprach mit ihr.

Frau Toraman, was hat Sie persönlich dazu gebracht, sich bei den 'Samstagsmüttern' zu engagieren?

Im Herbst 1991 ist mein Sohn Huseyn verschleppt worden. Er war seit längerer Zeit in kommunistischen Zusammenhängen aktiv. Spätestens seit dem 1. Mai 1991 wußte er, daß er in großer Gefahr schwebt. An diesem Tag verteilte er mit einem Freund Flugblätter in der Istanbuler Innenstadt. Dabei wurde der Freund festgenommen. Mein Sohn konnte entkommen. Doch von diesem Zeitpunkt an war er im Visier der Staatsorgane. Wir haben danach häufig die Wohnung gewechselt. Doch ständig spürte uns die Polizei auf. Sie kamen in unsere Wohnung, bedrohten uns und wollten den Aufenthaltsort unseres Sohnes erfahren. Anfang 1992 wurde er dann direkt vor unserer Wohnung verschleppt. Er wollte eine Kleinigkeit für das Frühstück holen, als ein weißes Auto vor ihm hielt. Einige Männer in Zivil sprangen heraus, prügelten auf ihn ein und zerrten ihn in den Wagen. Er schrie laut um Hilfe. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Wir konnten alles vom Fenster aus sehen und informierten die Polizei, die in unmittelbarer Nähe eine Wache hat. Als sie den Namen unseres Sohnes hörte, hieß es nur, der steht schon seit längerer Zeit auf der Fahndungsliste. Danach kümmerten sie sich nicht weiter darum.

Wie hoch ist die Zahl der Verschwundenen in der Türkei?

Seit Anfang der 90er Jahre sind es ungefähr zehntausend, ca. 7000 in Kurdistan und ca. 3000 in der Türkei. Es ist nicht möglich, genaue Zahlen zu nennen, weil vor allem in Kurdistan weiterhin ständig Menschen verschwinden. In der Türkei sind die Staatsorgane etwas vorsichtiger geworden, nachdem vor zwei Jahren das Verschwinden von Mehdin Göktepe für großes Aufsehen gesorgt hat. Doch auch hier verschwinden weiterhin Menschen. Vor einem Monat gab es wieder einen Verschwundenen in Izmir.

Wann sind die Samstagsmütter das erste Mal an die Öffentlichkeit gegangen?

Zunächst fingen wir mit Mahnwachen vor Regierungsgebäuden an. Dort stellten wir uns mit Kerzen auf, um auf die Verschwundenen aufmerksam zu machen.

Im Mai 1995 begannen wir mit den wöchentlichen Kundgebungen vor dem Galatasaray-Gymnasium in der Innenstadt in Istanbul, wo wir die Fotos der Verschwundenen aufstellten. Der unmittelbare Anlaß war die Ermordung von Hasan Ocak. Er war am 21. März 95 entführt worden. Am 7. Mai 95 wurde seine Leiche gefunden. Seitdem ist dieser Tag ein Kampftag für die Verschwundenen in der Türkei.

Wie war die Reaktion in der türkischen Öffentlichkeit?

Am Anfang waren wir sieben Frauen. Wir wurden häufig verhaftet, geschlagen und gefoltert. Trotzdem kamen wir jede Woche wieder. Inzwischen sind wir mehrere Tausend in Istanbul, und auch in Izmir, Ankara und anderen türkischen Städten haben sich eigene Gruppen gegründet. Mittlerweile nehmen schon mal Mitglieder der türkischen Sozialdemokraten an unseren Kundgebungen teil. Die türkischen Rechtsparteien, allen voran die Faschisten, haben die Hetze gegen uns enorm verstärkt, und die Repression ist nicht verschwunden. Auch ich wurde schon mehrmals verhaftet und geschlagen.

Was sind die Forderungen der Samstagsmütter?

Die Mörder müssen zur Verantwortung gezogen werden, und die Regierung muß Rechenschaft über den Verbleib der Verschwundenen abgeben und sie uns zurückgeben. Ich will ein Grab für meinen Sohn, auch wenn dort nur einige Knochen von ihm liegen werden. Es ist uns ernst mit diesen Forderungen, und wir werden solange auf die Straße gehen, bis sie erfüllt sind.

Wie wichtig ist internationale Unterstützung?

Die internationale Solidarität spielte bei uns von Anfang an eine wichtige Rolle. Besonders die Madres de Plaza de Mayo aus Argentinien waren ein Vorbild für uns. Mittlerweile gibt es Unterstützergruppen für uns in Berlin, in Belgien und Holland. Wir wollen gerade in Europa das repressive türkische Regime anprangern und fordern von allen Regierungen, den Stop der Waffenlieferungen und ein Einfrieren des Aufnahmegesuchs in die Europäische Union.

Türkei

Hungerstreiks politischer Gefangener

Nach 55 Tagen Dauer Hungerstreiks in Erzurum beendet

Im Isolations- und Spezialgefängnis von Erzurum beendeten die politischen Gefangenen laut türkischem Menschenrechtsverein IHD nach 55 Tagen einen Hungerstreik, der in der gesamten Türkei von rund 10.000 politischen Gefangenen unterstützt worden war. Zwei kurdische Gefangene sind an den Folgen des Hungerstreiks gestorben: Osman Dasch, Kriegsgefangener der PKK im Gefängnis von Bartin, und Serpil Yilmaz, Kriegsgefangene der PKK im Gefängnis Sykarya. Sie war bis zuletzt gefoltert worden und starb an einer Gehirnblutung. Mehrere Gefangene aus Erzurum waren zwangsernährt worden. Die Gefangenen von Er-

zurum hatten 51 Forderungen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und die Folterungen aufgestellt, darunter Forderungen wie mehr als einmal im Monat heißes Wasser, ärztliche Versorgung usw. Die türkische Regierung lehnte die Forderungen der Hungerstreikenden auf einer Kabinettssitzung ab. Es handele sich um politische Forderungen und um eine von der PKK gelenkte Aktion, hatte Staatsminister Andican gesagt. Demokratische Organisationen wie IHD, die Parteien HADEP, ÖDP und EMEP, Rechtsanwalts- und Angehörigenvereinigungen, die Lehrergewerkschaft Egitin Sen und Kulturorganisationen verhandelten mit Gefängnisleitungen, Gouverneuren und Regierung. Akin Birdal, Vorsitzender des IHD, erklärte, daß bis auf drei Forderungen die Erfüllung der anderen zugesagt wurden. Nicht erfüllen wolle die Regierung, daß die Gefangenen regelmäßig Kontakt untereinander aufnehmen können, daß gemeinsame Sportveranstaltungen organisiert werden und daß Zellenvertreter gewählt werden, die sich einmal die Woche mit der Gefängnisverwaltung treffen. Akin Birdal wertete den Hungerstreik als politischen Erfolg, da er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Haftbedingungen in Erzurum und anderen Gefängnissen gelenkt habe.

Nachdem die 186 politischen Gefangenen im Hochsicherheitstrakt und weitere 180 im Spezialtrakt (E-Typ) des Gefängnisses von Erzurum am 21. November letzten Jahres in den Hungerstreik getreten waren, weitete sich dieser rasch auf die Gefängnisse von Adiyaman, Ankara, Bartin, Bursa, Diyarbakir, Elazig, Elmadag, Ermenek, Gebze, Halfeti, Mersin, Midyat, Mus, Nazilli, Ordu, Siirt und Yozgat aus. Zuletzt beteiligten sich rund 10.000 politische Gefangene aus PKK, DHKP-C, MLKP und TKP(ML)-TIKKO in 32 Gefängnissen am Hungerstreik, so daß zuletzt drei Gruppen seit 55 Tagen, seit 46 Tagen und seit 31 Tagen im ständigen Hungerstreik waren. In der Türkei sind derzeit nach IHD-Angaben 9.000-10.000 politische Gefangene, die als „PKK-Terroristen" angeklagt oder verurteilt wurden, und 1.000-2.000 anderer linker Organisationen inhaftiert.

Der Hungerstreik richtete sich auch gegen den Neu- und Umbau türkischer Gefängnisse in Isolationsknäste. Die Familien der Gefangenen von Mersin hatten an den Justizminister in einer Erklärung gefordert, den Bau von „Särgen" (kleine Einzelzellen) zu stoppen. Die Angehörigen der Gefangenen von Erzurum und Nazilli schickten dem Staatspräsidenten Postkarten mit der Aufschrift „Nein zu den Särgen für Lebende". In Kocabas wird bald das zweitgrößte Isolationsgefängnis nach Diyarbakir fertiggestellt sein. In der Öffentlichkeit werden diese Gefängnisse „Todeshäuser" genannt. In Izmir wurden 400 Einzelzellen gebaut. In einer Erklärung bewerteten IHD, TAYD-DER (Solidaritätsverein der Gefangenenangehörigen) und die Gesundheitsgewerkschaft: „Mit diesem Einzelzellensystem möchte man die Gefangenen von der Gesellschaft isolieren. Sie möchten mit dieser Methode Menschen zur Kollaboration bewegen und ihre Persönlichkeit brechen. Mit diesem System möchten sie seelisch und psychisch kaputte Menschen produzieren. Das kann nicht im Sinne einer Gesellschaft sein."

Fraglich ist, wie lange die erkämpften Forderungen der Gefangenen Bestand haben werden. In Erzurum hatten die Gefangenen schon am 27. Dezember den Hungerstreik beenden wollen. Aber es dauerte keine zwei Tage, daß die Gefängnisleitung alle Vereinbarungen gebrochen hatte. 1997 haben die politischen Gefangenen in Erzurum 160 Tage im Hungerstreik gegen die Haftbedingungen verbracht. Die Plattform für Demokratischen Kampf, HADEP und TAYD-DER rufen deshalb die Öffentlichkeit zur Wachsamkeit auf: „Die Angriffe in den Gefängnissen haben sich gewandelt. Sie sind zu einer Vernichtungswelle geworden."

(rub, aus: Politische Berichte 2/97)

Protestaktionen in Zürich und andeswo

Freiheit für Patricio Ortiz !



Im Rahmen internationaler Solidaritätsaktionen für die Freiheit von Patricio Ortiz* fand heute morgen (13.1.98) um 7.00 Uhr eine Blockade des Bundesamtes für Flüchtlingswesen (BFF) und der Fremdenpolizei (FREPO) in Zürich statt. Wie uns das Aktionsbündnis „Freiheit für Patricio Ortiz" mitteilte, wurde kurz vor 7.00 Uhr der Eingang zur Stauffacherstraße 101 mit einem Kantholz und einem dicken Schloß verriegelt. Gegen 20 AktivistInnen verteilten Flugblätter an PassantInnen, AutomobilistInnen und Angestellte des BFF und der FREPO und spannten ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für Patricio Ortiz" auf.

Um 7.30 Uhr wurde die Stauffacherstraße durch ca. 50 Grenadiere der Stadtpolizei abgeriegelt. Die AktivistInnen wurden mit vorgehaltenen Gummischrotgewehren an die Wand gedrängt, gefilzt und einzeln in Handschellen abgeführt. Dabei wurde auch ein unbeteiligter Passant verhaftet und ein Pressefotograf bei seiner Arbeit gehindert und sein Material beschlagnahmt. Dieses Fotomaterial befindet sich weiterhin in den Händen der Stadtpolizei.

Alle Verhafteten (auch der Journalist und der unbeteiligte Passant, „zufälligerweise" eine ausländische Person) wurden während 4 bis 5 Stunden einvernommen, erkennungsdienstlich mißhandelt und Leibesvisitationen ausgesetzt.

Wir protestieren gegen diesen grotesken Polizeieinsatz. Seit längerem versuchen die Mächtigen, jeglichen Protest auf der Straße zu unterdrücken. Parallel dazu läuft die unmenschliche Kontroll-, Verhaftungs- und Ausschaffungsmaschinerie gegen MigrantInnen weiter. Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden weiter für die Freiheit von Patricio Ortiz sowie gegen Ausschaffungen und für das Bleiberecht aller Flüchtlinge kämpfen.

Gleichzeitig zur Aktion in Zürich fanden anderswo Solidaritätsaktionen für die Freiheit von Patricio Ortiz statt:

Jeweils zwischen 20 und 40 Personen machten Kundgebungen vor den Schweizer Botschaften in Argentinien, Belgien, Italien, England, Spanien.

In Schweden fanden Briefaktionen an die Schweizer Botschaft statt.

In Mexiko, Brasilien, Kanada, Kolumbien und Chile sind Solidaritätsaktionen am laufen.

Radio Topo in Zaragoza in Spanien organisiert derzeit eine Unterschriftensammlung.

Es erreichte uns auch ein Solidaritätsfax der „Mütter der Plaza de Mayo" aus Argentinien.

Komitee Freiheit für Patricio Ortiz, Postfach 8721, 8036 Zürich, Tel. 00 41 01/ 244441 77 22, Fax 00 41 1 242 08 58, Email: solikomitee@vwzh.links.ch

* Patricio Ortiz, der in der militanten chilenischen Widerstandsbewegung FPMR kämpfte, floh 1996 mit weiteren Genossen aus dem Hochsicherheitsgefängnis CAS.. Er suchte Asyl in der Schweiz, wurde dort verhaftet und sitzt seit fast 5 Monaten in Auslieferungshaft in Kloten.

Herausgeber : Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 65929 Frankfurt / M. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V. i. S. d. P. : Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift und Bestellungen :** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel.: (040)43 18 88 20, Fax : (040)43 18 88 21. Einzelpreis : 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM, ein Halbjahresförderabonnement 30,00 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto : Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. – Herstellung und Drucklegung : GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 194. ***Redaktionsschluß für Nr.204: So, 15.2.98***